Beilage: Sie fürchten den Marxismus-Leninismus

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 38 vom 21. September 1974 | 8. Jahrgang | 50 Pfennig

Tote, Verletzte, Verwüstungen

Manöverterror

in Schleswig-Holstein

Mindestens neun britische und drei deutsche Soldaten fanden in Schleswig-Holstein den Tod. Die bürgerliche Presse schreibt von einem „Zivilisten", der beim Zusammenstoß mit einem Militärfahrzeug der Nato starb. An die zweihundert Soldaten, Kinder, Frauen und Männer sind verletzt worden. Schleswig-Holstein, wo vom 11. bis 14. September das Nato Manöver „Bold Guard" stattfand, gleicht einem Schlachtfeld. Ernten sind vernichtet, Äcker von Panzerketten durchwühlt, Bäume und Sträucher entwurzelt.

KAMPF DEM MANÖVERTERROR !!

KPD/ML KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS / MARXISTEN-LENINISTEN

Plakat der KPD/ML, das im Manövergebiet verbreitet wurde.

Bereits am ersten Tag des Nato-Großmanövers, an dem 40 000 Soldaten aus vier Ländern teilnahmen, gab es die ersten Todesopfer. Britische Soldaten ertranken bei einer Luftübung. Kriegsminister Leber, als er die Übung inspizierte: „Ohne Unfälle geht es nicht." Ein Hauptmann der Bundeswehr im Zusammenhang mit einem anderen Manöver: „Bei jeder Übung geht einer drauf – dafür habe ich meinen Leichensack immer dabei."

Aber nicht nur Soldaten sind für die Herren Generäle nichts als Figuren, deren Tod nicht zählt. Nicht geringer als die Opfer unter den Soldaten sind die Opfer unter den Menschen in den betroffenen Teilen Schleswig-Holsteins. So wurde ein Kind verletzt, das am Strassenrand den durch das Dorf rollenden Panzern entgegensah. Die Panzerradketten schleuderten ihm einen Stein gegen den Bauch. In der Nähe von Bad Segeberg walzen Panzer eine Buchenhecke mitsamt einem Stacheldrahtzaun nieder. Der Draht verhedderte sich an der Panzerkette, wirbelt herum und zerreißt einem Passanten das Bein. Ärztliche Hilfe für die Verletzten gibt es kaum – 28 Ärzte insgesamt für 40 000 Soldaten und Millionen gefährdeter Menschen aus der Umgebung.

Natürlich ist es nur die Minderheit der Soldaten, die bei den Manövern der Imperialisten verletzt oder ermordet wird. Für alle aber bedeutet das Manöver verstärkte Schleiferei und Schikanen. Nicht umsonst schreibt die Bundeswehrführung in ihren allgemeinen Anweisungen zum Manöver, daß Divisions- und Brigadekommandeure nicht gefangengenommen werden dürfen. – Die Militaristen fürchten die Empörung der Soldaten.

Hamburger Genossen, die während des Manövers in Schleswig-Holstein waren, berichten: Am vorletzten Abend des Manövers stießen wir auf eine Gruppe Soldaten auf einem einsamen Feldweg, die da schon einen Tag und eine Nacht saßen. Sie waren stinksauer. Um nämlich die Kriegslage möglichst realistisch zu machen, hatte man die Verpflegungswagen abgefangen. Wozu die ganzen Strapazen? –

Fortsetzung auf Seite 4

Attentat auf die Botschaft der Volksrepublik Albanien in Paris!

In der Nacht vom 12. auf den 13. August explodierte vor der Botschaft der Volksrepublik Albanien in Paris ein Sprengkörper, der großen Sachschaden anrichtete. Das Portal der Botschaft wurde zerstört. Noch in den umliegenden Häusern zersprangen die Fensterscheiben. Dieses Attentat ist bereits der zweite Anschlag auf eine Botschaft der VR Albanien in diesem Jahr. Am 21. Mai dieses Jahres wurde auf die italienische Botschaft ein Attentat verübt, das ebenfalls erheblichen Schaden anrichtete. Nur zufällig wurde bei beiden Anschlägen kein Mitglied des Botschaftspersonals verletzt.

Diese terroristischen Akte gegen die diplomatischen Vertretungen der VR Albanien sind Gewaltakte gegen die staatliche Souveränität Albaniens, die nicht nur von allen Marxisten-Leninisten, sondern von allen fortschrittlichen Menschen zutiefst verabscheut werden.

Hände weg von der Volksrepublik Albanien !

Es lebe die Freundschaft mit dem albanischen Volk!

RAF-Genossen im Hungerstreik

Weg mit der Isolationsfolter!

Die Gefangenen der Roten Armee Fraktion (RAF) sind in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Ihr Kampf richtet sich vor allem gegen die Isolationsfolter und alle anderen terroristischen Maßnahmen des imperialistischen Strafvollzuges, die auf die psychische und physische Vernichtung politischer Gefangener abzielen. Die Gefangenen haben ihre Entschlossenheit erklärt, den Kampf bis zur Erfüllung ihrer Forderungen fortzusetzen. Die vergangenen Hungerstreiks haben gezeigt, daß der imperialistische Staatsapparat nicht vor Mordanschlägen zurückschreckt, um den Kampfeswillen der Gefangenen zu brechen. Wenn den hungernden Gefangenen das Wasser entzogen wird, dann ist das ein Mordanschlag, weil dieser Wasserentzug innerhalb weniger Tage zum Tod des Gefangenen führt. Ein Mordanschlag ist auch der Versuch, den hungernden Gefangenen mittels eines durch die Speiseröhre gestoßenen Schlauchs gewaltsam künstlich zu ernähren, weil dabei die Gefahr lebensgefährlicher oder tödlicher Verletzungen des Gefangenen bewußt einkalkuliert wird. Der Kampf der Genossen in den Gefängnissen muß durch eine breite Front kämpferischer Solidarität unterstützt werden.

Der Kampf der politischen Gefangenen richtet sich vor allem gegen die Isolationshaft, die zurecht als Isolationsfolter bezeichnet wird. Zunächst ist es schwer zu begreifen, erscheint es übertrieben, die Tatsache, daß ein Gefangener von Kontakten mit anderen Menschen, Geräuschen, außer denen, die er selbst verursacht, optischen Reizen, ausser denen, die von der Zelleneinrichtung ausgehen, isoliert wird, als Folter zu bezeichnen. Unter Folter stellen wir uns körperliche Mißhandlungen, Daumenschrauben und Elektroschocks vor. Die Isolationsfolter aber ist in mancher Hinsicht brutaler und folgenschwerer.

Nach bewiesener medizinischer Erkenntnis führt die über längere Zeit fortgesetzte Isolation zum langsamen Tod des Gefangenen. Die Gehirnzellen des Menschen bekommen über die Nervenbahnen durch die Sinnesorgane ihre Impulse, sozusagen ihre Nahrung. Wenn den Sinnesorganen die Reize entzogen werden, sterben die Gehirnzellen schließlich ab. Die können nie mehr regenerieren. **Die Isolationsfolter verursacht zwar keine Wunden am Körper, keine Knochenbrüche usw., aber sie führt zum unausweichlichen Tod des Gefangenen.**

Bei einigen Genossen sind bereits schwerwiegende Symptome wie Bewußtseinsstörungen, Wortfindungsschwierigkeiten, Konzentrationsschwierigkeiten usw. aufgetreten. Bekannt geworden ist außerdem, daß die Genossinnen Astrid Proll und Monika Berberich schwere Kreislaufschäden erlitten haben.

Fortsetzung auf Seite 7

AUS DEM INHALT:

Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes!

Seit einem Jahr herrscht in Chile die Diktatur der faschistischen Generäle, die am 11. September 1973 geleitet und finanziert vom US-Imperialismus die Regierung Allende stürzte. Es ist ein Jahr blutiger Unterdrückung des chilenischen Volkes. Aber vom ersten Tag der faschistischen Diktatur an hat das chilenische Volk seinen Feinden mit revolutionären Kämpfen bewiesen, daß es diese Niederlage nicht hinnehmen wird, sondern entschlossen ist, die Diktatur, die erneute Vorherrschaft des US-Imperialismus zu brechen. Dazu braucht das chilenische Volk die Solidarität des internationalen Proletariats und der revolutionären Völker aller Länder. Aber es braucht eine Solidarität, die die revolutionären Ziele des Volkes tatsächlich unterstützt.

Seit der Errichtung ihrer Militärdiktatur haben die chilenischen Reaktionäre versucht, den Widerstand des Volkes zu brechen. 30 000 Menschen haben sie dafür – laut Kommission der Menschenrechte – ermordet. Noch immer herrschen nachts Ausgangssperre, sind in den dunklen Straßen der Städte einzig die Schüsse von Schnellfeuergewehren zu hören – Verhaftungen, Mord. Wenige Tage vor dem Jahrestag des Putsches wurden täglich an die tausend Menschen verhaftet, weil die Junta fürchtete, es würde zu gewaltigen Manifestationen gegen die Diktatur kommen. Die Gefängnisse sind überfüllt, riesige Konzentrationslager wurden errichtet, in denen gefoltert und gemordet wird.

Die Lebensbedingungen für die Werktätigen sind seit der Junta-Herrschaft von Monat zu Monat verschlechtert worden. Die Preise für Lebensmittel sind um 1900% gestiegen, der Arbeitstag zwangsweise verlängert, die Löhne gesenkt worden – zu wenig, um für die Kinder Milch zu bekommen, um selbst satt zu werden.

Wer sich aber nährt, das sind die imperialistischen Monopole, allen voran die des US-Imperialismus, die dem chilenischen Volk wieder im Nacken sitzen. Sie, deren Besitz unter Allende nationalisiert wurde, sind durch die Junta wieder in den Besitz der chilenischen Minen, Fabriken und Ländereien gelangt. Heute haben die US-Imperialisten wieder die Vorherrschaft im Land. **Denn sie waren es, die den faschistischen Putsch der chilenischen Reaktion angeleitet und finanziert haben.** Wie die New-York-Times berichtet, sind laut Geheimbericht des CIA-Bosses Colby die Dollar zu Millionen über die Kanäle des CIA für subversive Tätigkeit gegen die Allende-Regierung nach Chile geflossen.

Dies wurde geleitet durch einen Parlamentsausschuß, dessen Vorsitzender niemand anders war als der heutige Außenminister der USA: Henry Kissinger. Durch die Hände dieses Mannes, den die US-Imperialisten immer so gerne als „Friedensengel" anpreisen, rollten die Dollars für den Putsch in Chile, für den Mord an zehntausend Chilenen, für die blutige Unterdrückung des chilenischen Volkes. **Er ist nicht anders wie Ford, Nixon, Johnson – wie jeder, der im Dienste des US-Imperialismus steht – ein Völkermörder.**

Doch daß der Putsch gelingen konnte, daß das chilenische Volk diesen Angriff des US-Imperialismus und seiner reaktionären Handlanger nicht entscheidend zurückschlagen konnte und nicht den Sieg davon trug, das haben die modernen Revisionisten in Chile zu verantworten! Immer wieder haben sie gepredigt, daß der friedliche, verfassungstreue Weg der bürgerlichen Unidad Popular zum Sieg über Imperialismus und Ausbeuterherrschaft führen würde. Immer wieder haben sie aus allen Rohren ihrer Propagandamaschine gegen den bewaffneten Kampf gefeuert, den das chilenische Volk bereit gewesen wäre zu führen. Ausdrücklich haben sie ein Gesetz gefördert, das den Massen den Besitz von Waffen verbot.

Am 11. September aber, als die Reaktionäre mit Waffengewalt die Macht an sich rissen, um ihre faschistische Diktatur zu errichten, da fehlte es den Massen an Waffen, fehlte ihnen die starke, revolutionäre Organisation, die ihren Kampf hätte leiten können. Das allein aus dem Grund, weil die modernen Revisionisten das Volk ideologisch, politisch und militärisch entwaffnet hatten und es in dieser Position der Schwäche auslieferten.

Der moderne Revisionismus, die Illusionen, die Corvolan und Co immer wieder unter die Massen getragen haben, sind die entscheidende innere Ursache dafür, daß der Putsch durch die Handlanger des US-Imperialismus gelingen konnte.

Wer darüber hinwegsieht, wer das nicht wahr haben will, der übt keine Solidarität auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus! Die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles, die stets gegen den Verrat der revisionistischen ‚K'P Chiles gekämpft hat, entlarvt die verlogene „Solidarität" der Revisionisten: **„In Chile hat das Volk eine Niederlage erlitten, weil es der Linie der Revisionisten folgte. Daraufhin haben sie eine internationale defaitistische Kampagne entfacht, in der sie als die hauptsächlichen Opfer erscheinen und glauben machen wollen, daß sie den Kampf des chilenischen Volkes verkörpern und, darüberhinaus, die natürlichen Empfänger der materiellen und politischen Hilfe sind. Damit mißbrauchen sie die internationale, wahre Solidarität mit dem chilenischen Volk. Damit versuchen sie zu verhindern, daß das chilenische Volk Schritt für Schritt in seinem Kampf voranschreitet und die wahre Einheit der Revolutionäre hergestellt wird. Darüberhinaus wollen sie dem Volk ihre konterrevolutionäre Linie aufzwingen, im Innern wie im Ausland."**

Die Solidarität mit dem chilenischen Volk verlangt unbedingt, daß ein entschiedener Trennungsstrich zu den modernen Revisionisten gezogen wird. Jede andere Solidarität stärkt unweigerlich die Versuche der Revisionisten, ihre Ideologie des Verrats in die Solidaritätsbewegung hineinzutragen, sie zu zersetzen und in pazifistische Bahnen zu lenken. Diesen Weg aber ist der ‚K'BW gegangen, unter dessen Führung in Frankfurt die Demonstration durchgeführt wurde. In seinem Aufruf ist auch nicht ein Wort dem Verrat der Revisionisten gewidmet, im Gegenteil, sie haben die Revisionisten zu gemeinsamer Aktion aufgefordert! Und auch die Trotzkisten wurden nicht vergessen. Diese Abkehr vom revolutionären Kampf mußte unmittelbar zu einer völlig reaktionären Politik führen: **In Kiel bildete den Abschluß einer ‚K'BW-Demonstration ein Transparent der Trotzkisten: ‚Moskau-Peking Einheitsfront gegen das chilenische Volk'. Wer soweit geht, daß er auf seinen Demonstrationen konterrevolutionäre Propaganda gegen die Volksrepublik China duldet, der hat nicht mehr im geringsten das Recht, sich Kommunist zu nennen, hat jeden Anspruch verloren, als Revolutionär, ja nicht einmal als Freund des chilenischen Volkes zu gelten. Zugleich galt ihr ganzer Schutz diesen Trotzkisten: Auf der Frankfurter Demonstration verteilten sie Blätter, die den Revolutionären drohten: „Wir werden gegen jegliche Ausschreitungen innerhalb der Demonstration vorgehen".**

Von den Führern dieser Organisation noch eine Selbstkritik zu erwarten, ist eine Sache, aber eine andere ist, zu hoffen, daß jeder ehrliche Revolutionär in den Reihen des ‚K'BW die Konsequenzen zieht und diesen Opportunisten den Rücken kehrt!

Die beiden Hauptveranstalter in Frankfurt, ‚K'BW und GRF, haben die Solidarität losgelöst vom Klassenkampf im eigenen Land. Verlangte der ‚K'BW in Worten, daß die Bonner Regierung die Unterstützung der faschistischen Junta beenden soll, forderte er zugleich Parteien des Imperialismus wie die SPD zur Aktionseinheit (!) auf, gab ihnen damit einen antifaschistischen Anstrich. Kein Wort von ‚K'BW und GRF, daß es der wertvollste Beitrag zur Solidarität ist, den Westdeutschen Imperialismus, den ebenfalls das chilenische Volk aussaugt, zu stürzen, die Revolution im eigenen Lande voranzutreiben. Geschweige denn ein Wort gegen die modernen Revisionisten in Westdeutschland, die D‚K'P, die unser Volk dem Imperialismus genauso ausliefern wollen wie das chilenische, die unser Volk mit ihren Lügen von Entspannung und Frieden, vom verfassungstreuen Weg zum Sozialismus genauso zu entwaffnen suchen.

Die ‚K'BW- und GRF-Führer haben dort den Revisionisten in die Hände gespielt. Für die Mitglieder dieser Organisationen gilt, was die Genossen der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles gesagt haben: **„Heute ist eine großartige, weltweite Kampagne der Solidarität mit dem chilenischen Volk entstanden. Diese gerechte Kampagne, die aus den antiimperialistischen und internationalistischen Gefühlen der Massen entspringt, dient dem Kampf des chilenischen Volkes. Doch wir müssen die inneren Kräfte dieser Bewegung untersuchen, um zu entscheiden, wen wir unterstützen und was.'**

Nixon-Amnestie:

„...böse Träume nicht verlängern"

Als US-Präsident Ford Anfang der Woche in Pittsburg sprechen wollte, erwarteten ihn Hunderte von Demonstranten. Zum erstenmal wurde der neue Präsident ausgebuht. Tausende von Protesten erreichten das Weiße Haus. Auch die amerikanische Presse urteilte wenig schmeichelhaft: Der Präsident habe sich als „gewöhnlicher Politiker" entlarvt, er sei eben auch einer von jenen, die „nicht meinen, was sie sagen."

Diese breite Empörung ist die Antwort auf die Amnestie, die Ford seinem Amtsvorgänger gewährte. Die Erklärung, die er als Begründung dazu abgab, beschwor die „Leiden" Nixons, die Tatsache, daß den armen Richard über Jahre hinaus kein faires Gerichtsverfahren erwarten würde. Schließlich sagte er: „Mein Gewissen sagt mir klar und sicher, daß ich die bösen Träume nicht verlängern darf, die ein abgeschlossenes Kapitel weiter offenhalten wollen."

Der Stil dieser Rede paßt zu den anderen Utensilien, mit denen Gerald Ford sich dem amerikanischen Volk als Mister Saubermann, als Mann von Maß und Mitte anbieten will – zu seiner football-Vergangenheit; seinem Blockhaus mitsamt der kleinbürgerlichen Familienidylle, zu seiner penetranten Gottgläubigkeit. Aber so oft Ford auch in die Kirche rennt, die Stimmen, die angesichts des Impeachments gegen Richard Nixon zu ihm sprechen, kamen nicht vom Himmel, sondern waren die durchaus irdischen Stimmen seiner Namensvettern Ford, seines Vizepräsidenten Rockefeller. Das amerikanische Monopolkapital und niemand anders verlangt das Kapitel Watergate und Nixon abzuschließen.

Die Absetzung Nixons, die das Volk erzwungen hatte, war für die US-Monopole eine empfindliche Niederlage. Sie versuchten, diese Schlappe mit dem Beschwören der Stärke der amerikanischen Demokratie zu verbrämen. Die jetzige Amnestie für Nixon entlarvt diesen angeblichen Beweis für die amerikanische Demokratie als eine Lüge, als ein von vorneherein abgekartetes Spiel. Amerikanische bürgerliche Zeitungen sprechen offen davon, daß das Eintreten Fords für Nixon abgemacht wurde, als Ford Nixons Stellvertreter wurde. Damit ist diese Amnestie für Nixon, mit der auch die für den US-Imperialismus äußerst peinlichen Tonbänder aus dem Verkehr gezogen sind, nicht nur ein Beweis für die Verlogenheit der Rechtsstaatlichkeit, der bürgerlichen Demokratie, sondern zugleich ein Beweis für die Schwäche des US-Imperialismus. Lieber duldet er, daß auch der neue Präsident bereits nach wenigen Wochen Amtszeit als Lügner entlarvt wird, als daß sich der „böse Traum" vom Präsidenten auf der Anklagebank oder gar im Gefängnis verwirklicht. Denn schon bisher hat sich gezeigt, daß unter den Tausenden, die gegen den Präsidenten Nixon kämpften, die Zahl der Werktätigen wuchs, die damit gleichzeitig gegen den Parlamentarismus, den amerikanischen Imperialismus selbst kämpfen.

Sozialimperialisten drängen auf schnellen Abschluß der KSZE

Gromyko in Bonn

Gromykos Besuch in Bonn, dem bald ein Moskau-Besuch Schmidts folgen wird, steht im Rahmen des wachsenden Dranges der sowjetischen Sozialimperialisten nach Westeuropa. Dabei ist sowohl der aggressive Charakter des sowjetischen Sozialimperialismus, der in erbitterter Rivalität mit dem US-Imperialismus seinen Einflußbereich in Westeuropa ausdehnen will, als auch die innere Schwäche des sowjetischen Sozialimperialismus, die katastrophale wirtschaftliche Situation in der UdSSR, die die neuen Zaren im Kreml zwingt, die sogenannte „Kooperation" (Zusammenarbeit) mit den westeuropäischen Imperialisten zu verstärken.

So drängen die Sozialimperialisten auf einen schnellen Abschluß der sogenannten Konferenz für „Sicherheit" und „Zusammenarbeit" in Europa. (KSZE). Ursprünglich wollten die Sozialimperialisten auf dieser Konferenz in der Rolle des „Friedensstifters" erreichen, daß ihr Herrschaftsbereich offiziell anerkannt wird, wollten sie, gemeinsam mit den US-Imperialisten die europäischen Staaten zur Anerkennung der Vorherrschaft der beiden Supermächte zwingen und wollten sie günstigere Bedingungen für ihr Eindringen in den westeuropäischen Einflußbereich des US-Imperialismus schaffen.

Damit sind sie bislang im Großen und Ganzen gescheitert, weil sich einerseits die Rivalität zwischen den beiden Supermächten ungeheuer verschärft hat, und weil vor allem die kleineren europäischen Staaten das Spiel der Supermächte immer besser durchschauen. Gerade die Ereignisse auf Zypern haben erneut gezeigt, daß von der Rivalität der beiden Supermächte die Hauptkriegsgefahr ausgeht und daß von Frieden und Entspannung keine Rede sein kann, wenn die beiden Supermächte die Finger im Spiel haben. Der Plan der Sozialimperialisten, ihre aggressiven Ziele in Europa unter dem Deckmantel der „Friedens- und Entspannungsbemühungen" zu verfolgen, sind gescheitert, mehr denn je sind sie als imperialistische Räuber vor den Völkern Europas bloßgestellt.

Darum drängen sie jetzt auch in Bonn auf eine möglichst schnelle Aufnahme der dritten Konferenzphase, in der noch einmal ein „Friedens- und Entspannungspalaver" der Außenminister stattfinden soll.

Was sie auf der KSZE nicht erreichen können, versuchen die Sozialimperialisten in sogenannten zweiseitigen Verhandlungen durchzusetzen. So drängen sie die westdeutschen Imperialisten seit langem, ihre Investitionen in der Sowjetunion zu verstärken, ihnen günstigere Kreditbedingungen zu gewähren. Sie holen ausländisches Kapital ins Land, weil die Restaurierung des Kapitalismus in der UdSSR auch wirtschaftlich zu einem ungeheuren Fiasko geführt hat. Gleichzeitig brauchen sie Geld, weil sie ihre Rüstung ungeheuer steigern, um ihre aggressiven Ziele zu verwirklichen.

Auch in Hinblick auf diese Geschäfte machen die sowjetischen Sozialimperialisten Zugeständnisse an den westdeutschen Imperialismus, indem sie beispielsweise die provokatorische Errichtung des sogenannten Bundesamtes für Umweltschutz in Westberlin nachträglich sanktionieren. So verschachern sie die Interessen der DDR, auf deren Territorium Westberlin liegt.

Die D‚K'P-Revisionisten versuchen, den Gromyko-Besuch unter dem Deckmantel der „Friedens- und Entspannungsbemühungen" laufen zu lassen. Tatsache ist, daß Gromyko als Vertreter einer aggressiven Supermacht gekommen ist, die einen Teil unseres Vaterlandes besetzt hält, von deren aggressiven Zielen auch für die Werktätigen Westdeutschlands eine große Gefahr ausgeht.

Internationaler Schwimmsportverband attackiert Völkerfreundschaft mit China

Anläßlich der VII. Asienspiele, die in diesem Monat in Teheran ausgetragen wurden, hat die Internationale Amateurschwimmsportunion (FINA) versucht, die Schwimmer der Volksrepublik China von den Wettkämpfen auszuschließen. Erst nach entschiedenem Protest der VR China hat die FINA in letzter Minute den ihr angeschlossenen nationalen Organisationen erlaubt, gemeinsam mit der VR China die Wettkämpfe auszutragen.

In der Erklärung, die der Schwimmverband der VR China an die FINA richtete, heißt es:

„In den letzten Jahren hat eine kleine Anzahl von führenden Leuten der FINA mehrfach zu Drohungen Zuflucht genommen, um mittels ‚Sanktionen' und „Suspendierung von der Mitgliedschaft" den freundschaftlichen Kontakt zwischen den Völkern und Schwimmern der Welt, insbesondere der Dritten Welt, zu sabotieren, was eine schwerwiegende Einmischung in die Souveränität und in die inneren Angelegenheiten dieser Länder bedeutet. Während langer Zeit erlaubten sie einer sogenannten Schwimmerorganisation der Tschiang-Kai-Tschek Clique, den rechtmäßigen Sitz Chinas besetzt zu halten und hielten an ihrem reaktionären Standpunkt von ‚zwei Chinas' oder ‚ein China, ein Taiwan' fest. Dies ist für uns absolut untragbar. Wie jedermann weiß, gibt es in der Welt nur ein China, nämlich die Volksrepublik China. Taiwan ist eine Provinz der Volksrepublik China. Die Tschiang-Kai-Tschek Clique, die sich in China verschanzt hat, hat das chinesische Volk schon seit langem von sich gewiesen. Sie hat überhaupt kein Recht, in irgendeiner internationalen Organisation vertreten zu sein. Das chinesische Volk und die chinesischen Sportler stellen sich entschlossen gegen jeden Plan, innerhalb der internationalen Sportorganisationen ‚zwei Chinas' oder ‚ein China, ein Taiwan' zu schaffen."

„Die Förderung freundschaftlicher Kontakte zwischen Sportlern verschiedener Länder ist ein glühender Wunsch der Völker in Asien und in der Welt; sie ist eine historische Strömung, der sich niemand widersetzen kann. Das chinesische Volk und die chinesischen Schwimmer werden niemals isoliert werden können. Zusammen mit den Völkern und Schwimmern in Asien und in der Welt werden wir – wie immer – unsere Anstrengungen, unseren Beitrag zur Entwicklung freundschaftlicher Kontakte, von Freundschaft und Einheit, sowie eines massiven Fortschrittes des Schwimmens in der Welt einsetzen."

Aber noch immer weigert sich die FINA, die rechtmäßige Vertretung der VR China in ihren Verband aufzunehmen und die Tschiang-Kai-Tschek Clique auszuschließen. Ebenso sabotieren der Weltfußballverband (FIFA), der internationale Skisportverband (FIS), die internationale Reiterliche Vereinigung (FEI) und die Internationale Amateurathletikunion die Aufnahme der VR China.

Die Gesellschaft für deutsch-chinesische Freundschaft hat bereits aus Anlaß der Fußballweltmeisterschaft 1974 einen Protestbrief an die betroffenen Verbände gesandt mit der Forderung, unverzüglich der VR China ihren rechtmäßigen Platz in diesen Verbänden einzuräumen. Diesen Protest unterstützten über 3 500 Menschen mit ihrer Unterschrift.

Sofortige Aufnahme der Volksrepublik China in die internationalen Sportverbände! Sofortiger Ausschluß der Tschiang-Kai-Tschek Clique aus allen internationalen Organisationen!

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage bei



HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag Gernot Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06 - 466, Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert) Tel 0231/41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Karin Wagner, Dortmund. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25 DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung auf eines unserer obenstehenden Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Kollegen zur Entlassung von Genossin Hilde
"Wir sind nicht einverstanden!"

3 1/2 Jahre hat Genossin Hilde S. im Siemens-Kabelwerk in Westberlin gearbeitet. Als sie vor drei Jahren sich auf der Betriebsversammlung zum ersten Mal zu Wort meldete, erhielt sie keine Unterstützung aus der Versammlung, und um ein Haar wäre sie schon damals geflogen. Inzwischen ist sie bei den Kollegen im Betrieb als „Rote Hilde" bekannt. Auf ihre Initiative hin erhielt die Abteilung den lange erwünschten Kaffeeboiler. Bei einer Unterschriftensammlung gegen die schlechte Versorgung mit Lebensmitteln durch die Automatenstraßen im Betrieb sammelte sie allein 100 Unterschriften. In ihrer Abteilung war sie der Motor beim Kampf um eine höhere Lohngruppe, nachdem der Akkord erhöht worden war. Und in der Spätschicht – oder wenn mal keine Arbeit da war, konnte man Gift darauf nehmen, daß sie über Albanien und China, über den Kommunismus erzählte.

Jetzt, auf der letzten Betriebsversammlung erhielt sie schon Beifall, als sie aufstand und zum Mikrofon ging. Schärfer als früher griff sie den Betriebsrat an und warf ihm unter großem Beifall völliges Versagen und Zusammenarbeit mit der Werksleitung vor. Sie kritisierte insbesondere, daß er das Märchen von der Lohn-Preisspirale mitverbreite und brachte Beweise dafür, daß nicht unsere Löhne schuld sind an der Preistreiberei, sondern daß im Kapitalismus der Profit der Kapitalisten alles bestimmt. Sie kündigte an, daß sie bereit sei, im Frühjahr für den Betriebsrat zu kandidieren und forderte die Versammlung auf, gemeinsam mit ihr eine alternative Liste gegen die Betriebsratspolitik aufzustellen.

Der Betriebsratsvorsitzende Schulz ging auf ihre Ausführungen mit keinem Wort ein, sondern schwenkte nur eine Ausgabe der KPD/ML-Betriebszeitung und sagte: „Wir wissen ja, daß du dazu gehörst." Schon die ganzen Jahre, aber besonders seit dem 1.Mai, wo die Genossin von einem Zuträger des Betriebsrates auf der Roten 1.Mai-Demonstration der KPD/ML gesehen worden war, versuchte der Betriebsrat, hinter ihrem Rücken im Betrieb und in der Gewerkschaft Stimmung gegen sie zu machen.

Daraufhin bekannte sich die Genossin vor allen auf der Betriebsversammlung dazu: Sie habe am 1.Mai an der Demonstration der KPD/ML teilgenommen, weil sie nicht bereit sei, sich von der Gewerkschaftsführung an das Kapital verkaufen zu lassen.

Bereits am nächsten Tag kamen zwei Kollegen an ihre Maschine, um mehr von ihr über die Arbeit der Partei zu erfahren. Wenige Tage später erhielt Genossin Hilde aber auch ihren Ausschluß aus der Gewerkschaft mitgeteilt – wegen Zugehörigkeit zu einer „gegnerischen Organisation." Eine Woche später wurde sie fristlos gekündigt mit der Begründung: Beleidigung und üble Nachrede gegenüber Werksleitung und Betriebsrat.

Inzwischen haben 56 Kollegen ihre Unterschrift gegeben für die sofortige Wiedereinstellung der Genossin Hilde, gegen den Entlassungsterror gegen Kommunisten und fortschrittliche Menschen, für freie politische Betätigung in Betrieb und Gewerkschaft. Die Empörung im Betrieb aber geht wesentlich über die Zahl der Unterschriften hinaus und der Betriebsrat verläßt sein Büro nur noch, wenn es nicht anders geht. Die 56 Kollegen werden der Betriebsarbeit der Partei bei Siemens einen großen Aufschwung geben. **Schon jetzt ist es gelungen, die Arbeiterrunde, die während der Urlaubswochen kleiner geworden war, neu zusammenzuschließen.**

```
Btr. Entlassung der Kollegin Schaake
Hiermit bekunden wir unser "NICHTEIN-
VERSTÄNDNIS" über die ungerechtfertig-
te fristlose Entlassung der Kollegin
Schaake.
Unserer Meinung nach hat die Kollegin
Schaake nur das ausgesprochen, was in
unserem Kollegenkreis schon lange de-
battiert worden ist.
Auch wir hatten oft Beanstandungen der
Lebensmittel, womit wir zum Betriebsrat
gingen. Wir wurden mit nichtssagenden
Bemerkungen abgefertigt.
ABER GEBESSERT HAT SICH NICHTS !!!
```

In einer Abteilung führten die Kollegen von sich aus eine Unterschriftensammlung durch. Obenstehend der Text.



Betriebsversammlung Siemens Witten
"Soviel Lügen hab ich noch nicht gehört..."

Gestern (6.9.) hatten wir bei Siemens in Witten Belegschaftsversammlung. Anders als früher waren alle sehr gespannt. Das letzte Mal war eine von uns, eine kommunistische Kollegin nach vorne gegangen und hat die Verhältnisse angeprangert, unter denen wir Frauen bei Siemens wie in allen Betrieben unser tägliches Brot verdienen müssen, daß der Betriebsrat mit der ganzen Ausbeutung und Unterdrückung einverstanden ist und sogar dabei mithilft, indem er oppositionelle Kolleginnen bei der Geschäftsleitung denunziert. Die Kollegin hat damals viel Applaus bekommen und wir haben sie trotz der Hetze von Meistern und Einrichtern in den Betriebsrat gewählt. Deshalb waren wir alle sehr gespannt auf die Belegschaftsversammlung. Viele wußten und viele hofften, daß unsere kommunistische Betriebsrätin wieder spricht und den Herren einen drauf gibt.

Es fing an mit dem Bericht des Betriebsrates. Nach dem üblichen Kram nahm er Stellung zum Kampf der Mattenlegerinnen (Ihr habt ja darüber berichtet). Das sah so aus, daß er die Sache völlig entstellt wiedergab, so daß einige Mattenlegerinnen schrien: „Lüge!" „Das stimmt nicht!" Er aber drohte uns praktisch: Wenn ihr euch zusammentut und euch weigert, für weniger Geld zu arbeiten, dann „kann das für den einen oder anderen ins Auge gehen."

Dann erklärte er, daß sich die Mehrheit des Betriebsrates schärfstens von der Kollegin Sch. distanziere und sich von ihr behindert fühle. Zwischenruf einer Kollegin: „Dann sollen sie doch rausgehen!" Es folgten Hetztiraden des Betriebsrates wie: Kollegin Sch. würde Recht und Gesetz nicht achten, Parteipolitik für die KPD/ML betreiben usw. Als er endete, fing ein Teil der Belegschaft an zu pfeifen. Nur ein kleiner Teil klatschte Beifall, die meisten schwiegen. **Da merkte man, daß sich viel geändert hat. Früher klatschten die meisten aus Höflichkeit für jeden Redner.**

Es folgte Herr Zabel von der Geschäftsleitung. Er fuhr im gleichen Sinn fort. Er hätte auf der letzten Belegschaftsversammlung nur polemische Wahlpropaganda gehört und es erinnere ihn an Wahlveranstaltungen der Zwanziger Jahre. Er empfahl, bei Marx, Engels und Mao nachzulesen, welche Ziele „solche Leute" hätten – Parteidiktatur, Abschaffung der Freiheit und ähnliche „Greulichkeiten" malte er an die Wand – man sah, wie es ihn schüttelte. Er werde verhindern, daß Siemens zu einem Schlachtfeld werde.

In der Diskussion ergriff die Kollegin Sch. als erste das Wort. Zuerst erläuterte sie den Punkt Zeitaufnahmen des Betriebsratsberichtes, daß bei den ersten Zeitaufnahmen in Witten Akkordsätze um mehr als das Doppelte heraufgesetzt wurden, und daß Zeitaufnahmen immer Akkorderhöhungen, verschärfte Ausbeutung bedeuten. Sie ging dann auf die Fragen vieler Kolleginnen zur Krise ein. Hauptpunkt ihrer Rede war natürlich das Vorgehen des Betriebsrates und der Geschäftsleitung gegen sie. Sie berichtete, daß der Betriebsrat mit der knappen Mehrheit von 9 Stimmen (bei 15 Stimmen) einem Mißtrauensantrag gegen sie zugestimmt habe und sie aus allen Ausschüssen des Betriebsrates rausgesetzt habe, womit der Betriebsrat sich ganz offen gegen den Willen der Belegschaft stellt.

Dieser Mißtrauensantrag wurde damit begründet, daß sie 1. einen Leserbrief an den ROTEN MORGEN geschrieben habe, 2. daß sie im ROTEN LAUTSPRECHER (Betriebszeitung der Betriebszelle der Roten Garde – Red.) einen Artikel geschrieben habe. Als Antwort auf diese Angriffe las sie einen Brief vor, den sie dem Betriebsrat geschickt hatte: Jeder hätte das Recht, Leserbriefe zu schreiben, wohin er will. Der zweite Punkt aber sei eine unbewiesene Unterstellung. In Wahrheit ginge es um ihre Ansicht, daß die Arbeiter sich ihr Recht nicht erbetteln, sondern erkämpfen müssen, daß sie den Kollegen zeige, wenn wir uns zusammenschließen und um unsere Rechte kämpfen, sind wir eine große Macht. **„Sie wissen, daß ich mich immer bemühen werde, alle Macherischaften von Geschäftsleitung und Betriebsrat an die Öffentlichkeit zu bringen und vor den Kollegen aufzudecken..."**
Sie teilte außerdem mit, sie werde gegen den Beschluß des Betriebsrats Klage erheben.

Betriebsrat Westrup, der daraufhin besonders laut keifte, er würde dafür sorgen, daß die Kollegin aus dem Betrieb fliegt, wurde ausgepfiffen. Auch wenn es Siemens und seinen Handlangern gelang, einen Teil der Kolleginnen einzuschüchtern, so zeigte sich doch, es war ein fester Kern von Kolleginnen, der Widerstand leistete. So ging auch die Betriebsrätin Kollegin S. zum Mikrofon und sagte: „Soviele Lügen wie hier gegen Frau Sch. ausgesprochen wurden, habe ich noch nicht gehört." Sie bekam großen Beifall und einige Kollegen kamen nach der Versammlung zu ihr und sagten: „Das hast du gut gemacht."

Schließlich bekam die Bande noch einen Helfer: Herrn Ottlinger, 1. Bevollmächtigten der IGM und Oberbürgermeister von Witten. Lauthals stimmte er in die Hetze ein: „Nicht einmal DKP-Leute sind das", schrie er, „sondern auch noch Sektierer von der KPD/ML".

Diese Herren denken alle, wir seien nur Figuren, die man hierhin oder dorthin setzt. So sagte Betriebsratsvorsitzender Rein vor der Versammlung: „Gepfiffen wird nur auf Bestellung." Sie verachten uns zutiefst. Sie denken, durch einige wohlgesetzte Worte und ein paar Drohungen würden wir vergessen, wie sie immer wieder gegen uns vorgehen. Aber wir Arbeiterinnen beurteilen diese Herren nach ihren Taten und verstehen immer besser, daß man ihnen durch Taten antworten muß.

"Ich mein, da geht es nur um den Profit..."

Zwei Monate nach der Explosion auf der Zeche Gneisenau in Dortmund, bei der ein türkischer Arbeiter und ein Praktikant starben, hat die Unruhe unter den Kumpeln der Zeche und unter den Anwohnern der Kokerei keineswegs nachgelassen, sie hat sich im Gegenteil verstärkt. Was für die Kumpel erhöhte Unfallgefahr und verschärfte Ausbeutung bedeutet, heißt für die Kollegen, die in der Nähe von Gneisenau wohnen, unerträgliche Lebensbedingungen, ständige Angst vor einer neuen Explosion.

In diesen zwei Monaten haben sich die Lebensbedingungen für die Anwohner weiter verschlechtert. Offensichtlich besteht nach wie vor Explosionsgefahr. Die heil gebliebenen Anlagen wurden nur noch schärfer gefahren, das Gas nur dann abgefackelt, wenn es gar nicht mehr anders ging. Durch das Abfackeln allerdings wird die Bevölkerung bis an die Grenze der Unerträglichkeit belästigt: Der Dreck fällt in solchen Mengen vom Himmel, daß an Wäschetrocknen im Freien nicht mehr zu denken ist. Dazu kommt Qualm und ständig ausströmendes Gas. Vor gut 14 Tagen sind dadurch die Fliegen buchstäblich krepiert. Die Menschen leiden unter Kopfschmerzen, Brechreiz und Übelkeit. Kinder weigern sich, draußen zu spielen, weil es da so stinkt. Obstbäume sind reihenweise verdorrt, Gemüse und Sträucher kann man nicht abernten – falls überhaupt was gewachsen ist – wenn man sich nicht vergiften will. Zu alldem kommt noch der nächtliche Lärm: Fauchen, Zischen und Kreischen. Dazwischen dröhnende Hammerschläge.

Verbitterung, Unmut und Empörung darüber sind bei der unmittelbar betroffenen Bevölkerung in den letzten Wochen angewachsen. Sie, die immer noch ihre von der Explosion beschädigten Häuser und Wohnungen instandsetzen, und jetzt mit der Zechenleitung um die finanzielle Entschädigung feilschen müssen, wollen dafür kämpfen, daß die Gefahr, die von Gneisenau ausgeht, ein für allemal beseitigt wird.

Vorläufig hat sich eine Initiative der „Anwohner der Kokerei Gneisenau" gebildet, die vorgibt, langfristig den Kampf gegen Gefährdung und Belästigung durch die Kokerei zu organisieren. Daß ihre Wortführer – offensichtlich SPD-Leute – den Kampfwillen der Betroffenen in falsche Bahnen lenken wollen, haben sie schon mit ihrer ersten öffentlichen Veranstaltung, einem „Hearing" am 11.9. gezeigt.

Man hatte den Leiter des zuständigen Oberbergamtes – der staatlich-technischen Überwachungsstelle für Gneisenau – eingeladen, um ihn zu befragen, „über die Ursachen der Explosion und Konsequenzen, die gezogen worden sind." Herr Schelter hielt – gedeckt durch die Diskussionsleitung – lange Vorträge über physikalische Vorgänge, drückte sich um klare Aussagen zur Explosionsgefahr, beteuerte seine „moralische Reinheit" und „unabhängige Position" und log an einigen Stellen ganz offensichtlich (z.B. seien bei dem Bau des großen Gasometers 1928 neue Wohnhäuser näher an das Zechengelände gebaut worden).

Hatte sich im Saal schon vorher mehrmals Unmut gezeigt, so brach jetzt ein wütender Proteststurm los. Ein Anwohner stellte schließlich richtig fest, Schelter könne hier nur verschleiern, da er selbst ja mitverantwortlich für alles sei. Aus der weiteren Diskussion wurde klar, daß es der Aufsichtsbehörde nur um die rasche und billige Wiederherstellung der Produktionsanlagen ging, daß der damalige Katastropheneinsatz hauptsächlich der Vertuschung einer Tatsache dienen sollte: Die Sicherheitsvorkehrungen waren miserabel gewesen.

Man hatte keinen Katastrophenplan, der alle verfügbaren Kräfte sinnvoll einzusetzen erlaubte.

Dafür unzureichende Sicherheitsvorrichtungen, z.B. waren die Schieber, mit denen Gasströme in den Leitungen unterbrochen werden können, veraltet und teilweise defekt, Kollegen haben sie unter Einsatz ihres Lebens geschlossen.

Die Bevölkerung wurde über die tatsächliche Gefahr im Unklaren gelassen. Hätte ein kantiges Metallteil bei der Explosion den Gasometermantel durchschlagen, wie 1935 bei Neunkirchen, wo mehr als 60 Menschen durch die Explosion des gleichen Behälters wie hier ermordet wurden, hätte der Wind anders gestanden und die Flammen gegen die Gasometerwand getrieben...

Schelter besaß die Unverfrorenheit zu sagen, es sei nach „menschlichem Ermessen alles für die Sicherheit der Bevölkerung getan worden." Und zur weiter stattfindenden Vergasung konnte er nur bedauernd feststellen, die Auswertung von Meßwerten verzögere sich leider, da sie nach neuen Bestimmungen vorgenommen werden müssen! Solange könne er nicht eingreifen. Ein alter Kollege stand langsam auf und sagte bedächtig: **„Ich meine, da geht es nur um den Profit. Was mit den Menschen passiert, ist gleichgültig."**

Revisionistisches

D'K'P-SCHLÄGERTRUPP ÜBERFÄLLT GENOSSEN

Am Vorabend des „Roten Antikriegstages" begeht die D„K"P in Kassel mit Beat, Pop und *„Spaß im Zelt"* ein ‚Arbeiterpressefest'. Am Abend verteilen einige Genossen der KPD/ML und der ROTEN GARDE vor dem Zelt Flugblätter zum „Roten Antikriegstag" und diskutieren mit den Besuchern. Sofort stürzt sich ein D„K"P-Schlägertrupp angeführt von den Parteispitzen und D„K"P-Landtagskandidaten auf die Genossen, während andere Funktionäre schon verteilte Flugblätter ihren Genossen wieder aus den Händen reißen. Mit mehrfacher Übermacht fallen sie über einzelne Genossen her, versuchen, sie zu Boden zu prügeln, ihnen die Flugblätter zu entreißen. Einige dieser Schlägertypen zeichnen sich durch besondere Brutalität aus. Sie trampeln auf einem am Boden liegenden Genossen herum, versuchen, ihm eine brennende Zigarette ins Gesicht und auf die Arme zu drücken. Doch die Genossen verteidigen sich, erobern die meisten Flugblätter zurück, entlarven in mutigen Reden den sozialfaschistischen Charakter der D„K"P. Die Schlägerbande muß erleben, daß ihnen mehrere ihrer eigenen Mitglieder in den Arm fallen, sie vom Prügeln abhalten.Auch der Versuch, die Genossen durch Ketten festzuhalten, schlägt fehl. Noch lange diskutieren sie mit einzelnen D„K"P-Mitgliedern, darunter einigen alten KPD-Mitgliedern. Und da nützte es nichts, daß immer wieder „S"DAJ-Funktionäre mit der Masche: *„Opa, komm mit ins Zelt, einen trinken"*, die Diskussion verhindern wollten.

VAKUUM AUSGEFÜLLT

Die modernen Revisionisten in Polen fördern Unternehmer. Der Vizeminister für Binnenhandel erklärte vor kurzem: „Wir schufen ein Vakuum, als wir so viele Privatgeschäfte schlossen und die erfahrenen Kaufleute nicht in den Staatshandel eingliederten." Jetzt soll die Wirtschaftsreform die Einrichtung von Privatläden, Handwerksunternehmen und Kleinbetrieben bis zu 50 Arbeitern begünstigen. Im angeblich sozialistischen Polen ist schon jetzt die Landwirtschaft zu 86% in Privatbesitz.

EINE VERLEUMDUNG ERNST THÄLMANNS

Vor kurzem erschien in der "UZ" eine 'Thälmannanekdote' mit dem Titel "Ein Bericht für den Polizeikommissar". Sie beginnt mit folgenden Worten: *„Der Kommissar war nervös. Immer wieder trat er ans Fenster und blickte die Straße hinab. Einmal mußte es klappen. Er mußte doch diesem Thälmann eine Verschwörung nachweisen können. Nicht umsonst hatte er seinen besten Spitzel auf Thälmann angesetzt."*

Als der Spitzel endlich kommt, um dem Kommissar Bericht zu erstatten, stellt sich nach langem hin und her heraus: *„Thälmann hat sich wirklich nur die Baumblüte von Werder angesehen."* Mit dieser Anekdote verleumden die modernen Revisionisten den Genossen Ernst Thälmann. Sie deuten an, daß Genosse Thälmann ein „harmloser Spaziergänger" war, der auf dem Boden des Rechtes und der Verfassung gestanden hätte, so daß er nicht zu „fassen" war. Sie malen ein friedliches Idyll des Terrors der Polizei gegen die Kommunisten und besonders gegen Genossen Ernst Thälmann. Mit all dem versuchen sie, Ernst Thälmann in ihre Nähe zu rücken und wollen vergessen machen, daß Ernst Thälmann, Vorsitzender der KPD, ein Revolutionär war, der Zeit seines Lebens für ein Ziel gekämpft hat: für die sozialistische Revolution und die Diktatur des Proletariats.

Darmstadt

Löwenthal suchte das Weite!

„Wenn ich das Gesicht schon sehe!" – so reagieren viele Kollegen, sobald ZDF-Moderator Löwenthal auf dem Bildschirm erscheint und schalten den Apparat verärgert ab.

In Darmstadt war Löwenthal nun sogar persönlich erschienen, um auf einer Veranstaltung seine reaktionäre Hetze gegen den Kampf der Werktätigen und insbesondere gegen die Kommunisten zu verbreiten. ‚Nieder mit der braunen Pest!", „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg – Kampf für den Arbeiterstaat, bis zum Sieg!", so empfingen einige hundert fortschrittliche Menschen und Revolutionäre den faschistischen Provokateur samt seinem Verein.

Kaum hatte Löwenthal seine Veranstaltung begonnen, wurde ihm das Mikrophon entrissen, wurden kurz darauf auf der Bühne Ketten gebildet, um die Hetzpropaganda Löwenthals gar nicht erst zum Zug kommen zu lassen. Als daraufhin Löwenthals Schlägertrupps Stühle in die Zuschauerreihen warfen und mit Gewalt vorgingen, wuchs die Empörung im Saal derart, daß die Veranstaltung schleunigst abgebrochen wurde: Löwenthal suchte das Weite.

Ein Geheul ging durch die bürgerliche Presse. Aber nicht das provokative Verhalten Löwenthals und seiner Schläger – er selbst hatte sogar versucht, eine Pistole mit in den Veranstaltungssaal zu nehmen – wurden verurteilt, sondern das berechtigte Vorgehen der einige Hundert Demonstranten im Saal. Der CDU-Vorsitzende im „Darmstädter Echo": es wäre das „elementarste Gut der Demokratie, die Redefreiheit, vergewaltigt'. Und der SPD-Vorsitzende Stein: Das Grundgesetz der Bundesrepublik schließe keineswegs das Recht aus, „auch baren politischen Unsinn öffentlich zu verbreiten.'

‚Baren politischen Unsinn', Lügen, antikommunistische Hetze – das garantiert das Grundgesetz, und dafür treten sie auch alle ein, diese „Demokraten." Aber wehe, wenn wir Kommunisten die Wahrheit verbreiten, wenn wir z.B. den Mord an Genossen Günter Routhier anprangern – dann ist es aus mit der „Freiheit", dann haben Polizeiknüppel und Richter das Wort. Ihre „Redefrei heit" heißt in Wirklichkeit Freiheit für die Feinde der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes zu lügen und zu hetzen.

Dagegen haben einige hundert Menschen auf der Löwenthal-Veranstaltung gekämpft. Nicht aber die D„K"P-Revisionisten. Einer ihrer Führer, Heinz Schäfer, beeilte sich nach der Aktion in einer Presseerklärung zu beteuern, er habe weder Arm in Arm mit anderen Revolutionären gegen die Löwenthal-Veranstaltung gekämpft, noch habe er jemals etwas „Verfassungsfeindliches" geäußert oder zu „tätlichen Angriffen" aufgerufen. So sprechen keine Kommunisten, sondern Verräter am revolutionären Kampf der Arbeiterklasse.



Die Genossen der KPD/ML dagegen haben in vorderster Reihe gekämpft, zusammen mit Genossen der Gruppe Rote Fahne. In der „Roten Fahne" liest sich das allerdings anders: Die KPD/ML habe feige den Saal verlassen. Eine unverschämte Lüge. Das weiß jeder Genosse der GRF, der dabei war. Aber in Darmstadt sind derartige Lügen der „Roten Fahne" schon bekannt: Beim Kampf gegen den sogenannten „Maulkorberlaß" hatte die „Rote Fahne" bereits ähnliches über den Kampf der Darmstädter KPD/ML-Genossen gelogen. Selbst die Genossen der GRF in Darmstadt mußten damals erklären, sie verstünden nicht, wie so etwas in der „Roten Fahne" stehen könne. Es ist der Versuch, gemeinsame Aktionen zu sabotieren mit den üblichen Methoden der Spaltung aus dem Arsenal des Trotzkismus. Angesichts ihrer immer schwierigeren politischen Situation zielen die Rote-Fahne-Führer mit ihren Lügen darauf ab, zumindest noch als Haufen der Aktion zu erscheinen, wobei sie zugleich die ideologische und politische Stärke und Geschlossenheit unserer Partei mit dem Ruf „reine Propagandapartei" zu diffamieren suchen. Doch erreichen werden die GRF-Führer damit letztlich das Gegenteil von dem, was sie wollen: Sie werden sich noch mehr von den ehrlichen Genossen der GRF isolieren.

Manöverterror

Fortsetzung von Seite 1

fragten sie die Genossen. Die Genossen erklärten ihnen, daß es kein Witz sei, wenn hier der Kampf um die Nordflanke Westeuropas geprobt würde. Die Gefahr eines neuen weltweiten Krieges besteht. Dann, wenn die beiden Supermächte, die Herren der Nato und des Warschauer Paktes nicht mehr nur in Nahost, in Zypern usw. um ihre Vorherrschaft rangeln, sondern da, wo sie gegenwärtig den Schwerpunkt für die Erringung der Vorherrschaft in der Welt sehen – in Westeuropa. Die Soldaten fanden das einleuchtend, vereinbarten gleich einen Treff mit den Genossen in der Nähe der Kaserne, nahmen ROTE MORGEN und Flugblätter mit, die sie in der Kaserne verbreiten und auch ihren Kameraden zeigen wollten.

Ein anderes Beispiel: Gegen Abend parkten Genossen ihr Auto am Rand eines Weges. Da hielten ein Militärjeep und ein Motorrad. Drei Soldaten und ein Offizier stiegen aus, verlangten die Ausweise. Sie vermuteten, die Genossen seien Späher der „feindlichen" Truppen. Die Genossen erklärten, sie hätten mit dem Manöver nichts zu tun. Sie seien Kommunisten, die gegen den Manöverterror kämpfen würden. Der Offizier versuchte weiter – vergeblich – die Ausweise der Genossen zu bekommen und befahl schließlich den Soldaten, sie festzunehmen, damit er sie der Polizei übergeben könne. **Die Soldaten zögerten erst und weigerten sich dann.** Der Offizier versuchte alleine, die Genossen festzunehmen und mußte dann unverrichteter Dinge abziehen.

Ein wichtiger Grund für die Empörung der Soldaten gegen die Manöver ist die rücksichtslose Zerstörung der Felder und Fluren der Bauern. Hier, in der Verachtung der mühseligen Arbeit der Bauern, in der Art wie mit einem Federstrich sogar die Existenz einiger Bauern vernichtet wird, zeigt sich die Feindschaft der Armeen der Imperialisten gegenüber dem Volk.

Während die Zeitungen vor dem Manöver schrieben, diesmal solle es möglichst wenig Schäden geben, hieß es in der Bundeswehr: ‚**Nicht auf den Straßen kleben, auf die Felder verteilen!"** Um die Soldaten gegen die Bauern aufzuhetzen, wurde ihnen erzählt, die Bauern machten einen Schnitt mit der Entschädigung, daß sie quasi schon mit der Winkerkelle bereitständen, damit die Panzer auch ja ihren Acker kaputtfahren.



8 Soldaten starben an eine Fallschirmspringerübung.

Diejenigen Bauern, die schon einmal ein Manöver miterlebt hatten, standen auch bereit, aber ein bißchen anders, als es den Generälen lieb war. **In Haßwighorst stellten sie sich mit ihren Traktoren den Panzern in den Weg. Andere meinten nach vier Tagen Manöver: „Die sollen bloß mal vor meine Tür kommen...!"**

Die Bauern sind mit gutem Grund empört. Entschädigung? Sicher. 13 Pfg. pro Quadratmeter. Aber nur bis zu 150 DM Entschädigung werden sofort bezahlt. Und überhaupt gibt es nur Geld, wenn die Bauern sofort ihren Anspruch anmelden. Die entsprechenden Kommissionen aber fahren den ganzen Tag über Land. **Doch die Bauern wissen bei ihrer Empörung gegen das Manöver sehr gut zu unterscheiden. Von den Genossen befragt, antworteten sie fast immer: Die Soldaten können ja nichts dafür, sie werden ja von den Offizieren dazu angehalten.** Ein Soldat, den Genossen auf seinem Wachposten im Gespräch mit einem örtlichen Bauarbeiter, umringt von Kindern, fanden, erklärte, die Soldaten **würden im Dorf gut aufgenommen. Die Offiziere dagegen würden äusserst kühl empfangen.** Er berichtete auch wohlwollend davon, daß bei früheren Manövern die Bauern immer die Kabel durchgeschnitten hatten, die von den Funkern über die Felder gelegt worden waren.

Für die Bauern, die – sowieso von der Ruinierung bedroht – von dem Manöver noch tiefer getroffen sind, als die Soldaten, verband sich die Frage des Kampfes gegen den Manöverterror fast immer mit der Frage an die Genossen: Welchen Ausweg sehen die Kommunisten für die Bauern?

Einzelne waren bereit, die Partei beim Kampf gegen den Manöverterror zu unterstützen. So der Jungbauer W.V., auf dessen Hof bereits vor zwei Jahren ein Manöver gewütet hatte: ‚Heute nachmittag ist Feuerwehrball in Fischbeck. Da kommen alle Bauern hin. Da müßt ihr auch hinkommen mit eurer Zeitung.' Er nahm einen ROTEN MORGEN und erlaubte, daß ein Plakat der KPD/ML an seine Hoftür geklebt wurde.

Fast alle aber waren bereit, über ihre Lage und den Kommunismus zu diskutieren.

Dieses Manöver, das kann man eindeutig sagen, hat den Haß von Bauern und Soldaten gegen die Nato geschürt. Die Toten und Verletzten dieses Manövers, die Schäden, die es den Bauern zugefügt hat, sie haben vielen gezeigt, daß hier nicht die „Verteidigung des freien Westens", sondern der Angriff gegen unser Volk und gegen andere Völker geübt wird. Die vielen Gespräche, die unsere Genossen über den Sozialismus in China und Albanien geführt haben, zeigen, daß die werktätigen Bauern und Soldaten einen Ausweg suchen und ihr wachsendes Interesse für den Weg, den die Partei ihnen weist, den Weg des Bündnisses von Arbeiterklasse und werktätiger Bauernschaft in der sozialistischen Revolution.

Vom Aufbau des Sozialismus

SCHANGHAIER ARBEITER STEIGERN DIE SOMMER-PRODUKTION

Die Verwaltungskader der Schanghaier Industrieabteilung helfen in diesem Sommer den Arbeitern bei der Stahlproduktion, im Maschinenbau, bei der Herstellung von Eisenbahnschienen und beim Ausbau der Häfen.

So sind bei der Industriegesellschaft für Elektrogeräte 80 Prozent der Büro-Arbeiter in die Gießereien und andere Werkstätten des Betriebes gegangen, in denen hohe Temperaturen herrschen.

Die Kader verbinden ihre Aufgaben bei der körperlichen Arbeit mit der laufenden Bewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius. Kader des Schanghaier Eisen- und Stahlbetriebes Nr.3 haben die Ansicht der Ausbeuterklassen zurückgewiesen, daß *„diejenigen, die mit dem Kopf arbeiten herrschen und diejenigen beherrscht werden, die mit den Händen arbeiten."* Mit dieser Vorstellung ging Lin Biao hausieren, der dies von Konfuzius und Menzius übernommen hatte. Mehr als 600 Kader aus Betrieb und Werkstatt arbeiteten in diesem Sommer abwechselnd am Hochofen. Geleitet wurden sie dabei von zwei stellvertretenden Parteisekretären der Werkstatt für mittelstarkes Grobblech.

Als in dieser Werkstatt, in der hohe Temperaturen herrschen, ein Hochofen defekt war, organisierten sie einen Stoßtrupp, vor allem aus Mitgliedern der Partei und der Jugendorganisation, um den Hochofen zu reparieren, obwohl er noch sehr heiß war. Fünfzehn Stunden arbeiteten sie, bis sie fertig waren. In der Zeit von Juni bis Juli erreichte die Werkstatt einen Rekordausstoß an Standardprodukten, während zugleich weniger Material verbraucht wurde. Die Herstellung von mittelstarkem Grobblech von Januar bis Juli dieses Jahres lag, verglichen mit demselben Zeitraum 1973, um 17% höher.

Kader und Arbeiter der Shanghaier Chiangnan Schiffswerft verurteilten die parteifeindliche Lin Biaoclique wegen ihrer Verehrung von Konfuzius und ihrer Anbetung ausländischer Dinge, wegen ihres nationalen Verrats, ihrer Kapitulation und ihrer Bemühungen, Chinas Schiffbauindustrie zu untergraben. Sie beschlossen, die ‚Shangchun" einen Kohlenfrachter von 16 000 t noch in diesem Jahr fertigzustellen, statt erst im nächsten, wie ursprünglich geplant. Ein stellvertretender Sekretär des Parteikomitees der Werft und ein Vizevorsitzender des Revolutionskomitees der Werft leiteten eine Gruppe von über 100 Bürokadern bei der Arbeit im Trokkendock an. Sie arbeiteten bei Regen und später auch in der Hitze. Während der Arbeitspausen halfen sie, Eis und kalte Getränke an die Arbeitsplätze zu bringen. Das regte die Schiffsbauer an, mit größerer Begeisterung zu arbeiten. Innerhalb von 80 Tagen stellten sie das Schiff fertig, das am Vorabend des 1. August vorzeitig vom Stapel lief.

In Übereinstimmung mit der Lehre des Vorsitzenden Mao: *„Sorgt Euch um das Wohlergeben der Massen"*, hatten viele Einheiten Vorbereitungen getroffen, um bessere Ventilationsanlagen zu beschaffen. Lange vor dem Sommer wurden sie installiert, um die Temperaturen in den Werkstätten niedrig zu halten. Zusätzlich wurden Räume zum Ausruhen für die Arbeiter eingerichtet, die in den hochtemperierten Werkstätten arbeiten. Es wurden auch Vorbereitungen getroffen, um kalte Getränke und Speisen an die Arbeitsplätze zu liefern.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Sieg des Volkes in Mosambik

Aber die Imperialisten werden keine Ruhe geben

Am 7. September hat die Junta von Portugal mit der Befreiungsbewegung von Mosambik, Frelimo, in Lusaka ein Abkommen über die Unabhängigkeit des Landes geschlossen. In dem Abkommen wird festgelegt, daß am 25. September in Mosambik eine Übergangsregierung gebildet wird, die aus sechs Ministern der Frelimo und drei Ministern, die von der Regierung in Portugal ernannt werden, bestehen soll. Premierminister dieser Übergangsregierung soll der Frelimo-Führer Joaquim Chissano werden.

Am 26. Juni 1975 soll dann Mosambik endgültig unter der Führung der Frelimo unabhängig werden. In dem Abkommen wird außerdem die Anwesenheit der portugiesischen Truppen in Mosambik geregelt und ein sofortiger Waffenstillstand vereinbart. Das Abkommen von Lusaka ist ein großer Erfolg des Volkes von Mosambik und seiner Befreiungsorganisation, die den Weg des bewaffneten Kampfes gegangen sind und auch die Waffen nicht niedergelegt haben, als die Junta scheinheilig verschiedene „politische Lösungen" wie z.B. eine Volksabstimmung vorgeschlagen hatte. Die Macht des Volkes hat die Junta jetzt gezwungen, die Frelimo als die alleinige rechtmäßige Vertreterin des mosambikischen Volkes anzuerkennen und einem unabhängigen Mosambik unter ihrer Führung zuzustimmen.

Aber die Ereignisse der Vergangenheit haben gezeigt, daß sich die Kolonialisten und Imperialisten niemals freiwillig zurückziehen werden.

Noch am selben Tag, als das Abkommen bekanntgegeben wird, versuchen die reaktionären Großgrundbesitzer, die ihre Plantagen schon lange in bewaffnete Festungen verwandelt hatten, in Lorenzo Marques, der Hauptstadt des Landes, zu putschen. Sie besetzen den Rundfunksender, geben sich demagogisch den Namen einer „Volksbewegung" und proklamieren die Unabhängigkeit nach rhodesischem Muster. Obwohl die Regierung in Portugal erklärt, sie sei entschlossen, gegen die Putschisten vorzugehen und Truppen um das Rundfunkgebäude zusammenzieht, wird bald klar, daß sie nicht daran denkt, die Putschisten mit Waffengewalt zu vertreiben. In dieser Situation erklärt Samora Machel, der Vorsitzende der Frelimo, daß der „kolonialistischen und faschistischen Rebellion", die von einer „aus Kriegsverbrechern zusammengesetzten" Mörderbande bestehe, sofort ein Ende gemacht werden muß. Er erklärt weiter, daß die Frelimo nicht den Wunsch habe, nach Beendigung eines zehnjährigen Krieges mit einem neuen Krieg zu beginnen. **Aber die Frelimo werde nicht zögern, zur Verteidigung der Unabhängigkeit und der Integrität Mosambiks zu einem solchen Mittel zu greifen. Frelimo-Truppen besetzen die Ausfallstraßen und ziehen einen Ring um die Stadt. In den Vororten erhebt sich die Bevölkerung, die Massen bewaffnen sich und kesseln die Innenstadt völlig ein.**

In dieser Situation ergeben sich die Putschisten den portugiesischen Truppen, wie sie selbst sagen, aus Angst vor den „Unruhen" in den Vororten. Die Putschisten wissen genau, daß ihre Lage aussichtslos ist, daß das Volk sie richten wird, wenn sie sich nicht den portugiesischen Truppen ergeben. Die Führer des Putsches flüchten. Mit ihnen flüchten die Verräter am Kampf des Volkes von Mosambik, solche Elemente wie Urias Simango, der aus der Frelimo ausgestoßen wurde und sich jetzt auf die Seite des weißen Terrors geschlagen hat.



Mit der Waffe in der Hand kämpfte das Volk von Mosambik für seine Befreiung.

Noch vor kurzem hatte die Junta in Portugal ihn und seine Freunde als „dritte Kraft" gegen die Frelimo aufzubauen versucht. Der portugiesische Hochkommissar in Mosambik ist gezwungen, ein Abkommen mit der Frelimo zu schließen und Frelimo-Truppen in die Stadt zu holen, die dort stationiert werden.

Durch die Wachsamkeit und Entschlossenheit des Volkes und der Frelimo konnte der Putsch schnell zerschlagen werden. Das Verhalten der portugiesischen Truppen während des Putsches, wie auch das Abkommen von Lusaka zeigen, daß die portugiesischen Truppen es nicht wagen können, ihre Aggression gegen das Volk von Mosambik offen fortzusetzen. Sie werden jetzt versuchen, das Abkommen, die Tatsache, daß eine Übergangsregierung gebildet wurde und die portugiesischen Truppen vorläufig im Land bleiben, auszunutzen, um Intrigen zu treiben, das Volk von Mosambik und die Frelimo zu spalten und allerlei Arten von Unruhen zu schüren.

Vor allem die beiden Supermächte, der USA-Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus, aber auch andere imperialistische Mächte wie der westdeutsche Imperialismus und der britische Imperialismus werden auf diese Weise versuchen, das Land unter ihren Einfluß zu bekommen. Denn Mosambik ist für den Imperialismus nicht nur von ökonomischer Bedeutung, sondern vor allem wegen seiner strategisch wichtigen Lage von Interesse.

Aber alle diese Versuche, das Volk von Mosambik erneut unter die Herrschaft des Kolonialismus und Imperialismus zu bringen, werden an der Wachsamkeit des Volkes scheitern. Das Abkommen beendet den offenen Krieg. Es eröffnet für die Befreiungsbewegung des Landes die Möglichkeit, schneller und mit weniger Opfern den Sieg, die vollständige Befreiung Mozambiks, zu erringen. Die entscheidende Garantie für das erfolgreiche Fortschreiten des Kampfes ist die enge Verbindung der Frelimo mit den Volksmassen von Mosambik. **Solange das Volk von Mosambik die Waffen nicht aus der Hand legt und auf seine eigene Kraft vertraut, werden alle Manöver des Imperialismus mit Sicherheit scheitern.**

Aus aller Welt

TUNESIEN

Seit dem 5. August sind in Tunis 222 Schüler, Studenten, Arbeiter und Angestellte angeklagt wegen Zugehörigkeit zu einer revolutionären Organisation. Von den Angeklagten sind 36 verhaftet, 79 in provisorischer Freiheit und 109 sind untergetaucht. Zu dem Prozeß erschienen die Angeklagen am ersten Tag mit erhobener Faust, vom Publikum ermutigt. Sie wiesen die Anklagen entschieden zurück und protestierten gegen die Folterungen während der Haft.

In Tunesien hat die Regierung solche Angst vor dem Volk, daß es bei Strafe verboten ist, den Marxismus-Leninismus zu erwähnen. Er darf weder propagiert noch kritisiert werden, sondern soll totgeschwiegen werden, Der Kampf der angeklagten tunesischen Revolutionäre zeigt, daß dieser reaktionäre Wunschtraum der Bourgeoisie scheitert.

ITALIEN

Die Kommunistische Partei Italiens/Marxisten-Leninisten organisierte mehrere Versammlungen zum antifaschistischen Kampf. In Florenz sprach der Sekretär der KPI/ML, Genosse Fosco Dinucci, auf einer Versammlung zum Thema: „Festigen und erweitern wir die Kampfesfront gegen Faschismus und Faschisierung! Klasseneinheit für den Sozialismus!" Genosse Fosco Dinucci brandmarkte die enge Verbindung zwischen Imperialismus und Faschismus in Italien, besonders heute, da die Bourgeoisie gezwungen sei, die Rettung aus der Krise zu suchen, indem sie die ganze Last den Werktätigen aufzwingen wolle, bei steigenden Arbeitslosenzahlen die Arbeiterlöhne angreife und zugleich die Faschisten aufhetze, um die Massen zu zwingen, eine Regierung der „starken Hand" zu billigen. Genosse Fosco Dinucci betonte: „In unserem entschlossenen Kampf gegen Faschismus und Faschisierung müssen wir die Wurzeln dieser Situation aufdecken, damit sich die Volksmassen der Ursache der Faschisierung und des Faschimsus immer mehr bewußt werden...Wir müssen uns in unserem Kampf härten und die Grundlagen vorbereiten, um jeglichen Versuch eines faschisgischen Staatsstreiches und der Faschisierung des Lebens unseres Landes zu vereiteln."

ÄTHIOPIEN

Der seit 44 Jahren herrschende Kaiser Haile Selassie ist gestürzt worden. Seit Monaten hatte sich im Lande eine immer stärker werdende Bewegung gegen die Korruption im Staatsapparat und gegen die feudale Unterdrückung und Ausplünderung durch die Kaiserfamilie sowie eine kleine Schicht von Feudalherren entwickelt. Während an die hunderttausend Menschen in den letzten 11 1/2 Jahren der Dürre aufgrund der katastrophalen Versorgungsverhältnisse verhungert sind, hat Kaiser Haile Selassie Milliardenbeträge für seine Familie zusammengerafft und ins Ausland geschafft. Wie der Koordinationsrat in Äthiopien bekannt gegeben hat, sollen dem Kaiser 60% des nutzbaren Bodens gehört haben, weitere 25% einer Feudalschicht von 300 Familien. Aber 20 bis 25 Millionen Äthiopier hatten keinerlei Besitz, hatten nicht einmal Arbeit, von der sie sich hätten ernähren können.

Rom: Polizei ermordet Hausbesetzer



Wegen der unerschwinglich hohen Mieten, sehen sich viele Werktätige Roms gezwungen, in den Vororten der Stadt ohne Genehmigung dürftige Hütten und Baracken zu errichten, um überhaupt eine Unterkunft zu haben. Eine Million Menschen lebt im römischen Hinterland in solchen Hütten. Aufgrund der fehlenden sanitären Einrichtungen kommt es immer wieder zu schweren Krankheitsepedemien. Die „Hilfe" der römischen Behörden besteht dann lediglich darin, die Baracken abzureißen.

Nicht wenige Bewohner der Barackenvorstädte versuchen daher, Neubauten in der Stadt, die wegen zu hoher Mieten leerstehen, zu besetzen, um so zumindest für einige Wochen, manchmal nur Tage, eine menschenwürdige Bleibe zu haben.

Im Vorort S. Basilio von Rom ist bei Kämpfen zwischen Hausbesetzern und der Polizei ein 19-jähriger Kämpfer von der Polizei durch Pistolenschüsse ermordet worden, mehrere andere Hausbesetzer wurden schwer verletzt. Vor zehn Monaten hatten über 140 obdachlose Familien sieben seit einiger Zeit leerstehende Neubauten in den Vororten besetzt, um endlich ein festes Dach über den Kopf zu bekommen. Jetzt, nach zehn Monaten, rückte Polizei an, um die Häuser wieder leer zu räumen. Die Bewohner wehrten sich militant gegen die Angriffe der Polizei und empfingen sie mit einem Steinhagel. Die Polizei verstärkte ihr Aufgebot daraufhin und ging mit brutaler Gewalt, unter anderem mit Schußwaffen, gegen die Familien vor.

Tausende Menschen in Rom kommen nur dadurch von Zeit zu Zeit zu einer Wohnung, indem sie Häuser und Wohnungen besetzen — oft Neubauten, die seit langem leerstehen, weil die Mieten für die Werktätigen unerschwinglich sind.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
Das 1. Programm	
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	41 und 50 Meter
Das 2. Programm	
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter Mittelwelle

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7.23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz Mittelwelle
206 Meter entspricht 1,456 khz.

RADIO PEKING

19.00 - 19.30
21.00 - 22.00
Immer: 43,7 42,8 und 26,2 Meter

Hoesch-Arbeiter

Über 100 Jahre Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung

STÄHLERNE FAUST

BETRIEBSZEITUNG DER KPD/ML FÜR DIE HOESCH-BETRIEBE

„Hitler verrecke!" – noch heute zeugen diese und ähnliche Parolen an Häusern im Dortmunder Stadtteil Schüren vom Kampf der Hoescharbeiter gegen Faschismus und Krieg. Ihre Kämpfe, ihr Leben haben das Gesicht der Stadt geprägt. „Auf Hoesch" arbeiten 10 000 de von Kollegen, die meisten von ihnen in den drei Dortmunder Werken Westfalenhütte, Phönix und Union. Ihr Leben ist hart. In ihrer Jagd nach Höchstprofiten holen die Hoeschkapitalisten das Letzte aus den Arbeitern heraus. Für viele Kollegen gibt es die 40-Stunden-Woche schon längst nicht mehr. Rationalisierung bei den Kranführern und Eisenbahnern, Steigerung des Arbeitstempos und, als Folge davon, sich häufende Unfälle, bei denen mehrere Kollegen getötet wurden: Auf diese Weise versuchen die Hoeschkapitalisten in scharfem Konkurrenzkampf mit Krupp und Thyssen ihre Stellung zu verbessern und die größtmöglichen Profite zu machen.

Obwohl es in der Bundesrepublik schon fast 600 000 Arbeitslose gibt und diese Zahl ständig steigt, haben die Kapitalisten bis jetzt immer behauptet, in der Stahlindustrie, bei Hoesch, werde es keine Krise geben. In Wirklichkeit gibt es dafür gerade jetzt die ersten Anzeichen. Im Kaltwalzwerk der Westfalenhütte z.B. wurde einigen türkischen Kollegen gekündigt. Begründung: „Arbeitsmangel."

Wirtschaftskrisen, Arbeitslosigkeit, Hungerlöhne, harte unmenschliche Arbeit, ständige Angriffe auf die Lebenslage der Arbeiter, das gibt es, solange der Kapitalismus existiert. Die Geschichte der Hoescharbeiter zeigt das klar.

1872 verdiente ein Hoescharbeiter 4 Mark am Tag. Davon mußte eine dreiköpfige Familie versorgt werden. 1878 war der Tageslohn schon auf 2,68 Mark gesunken,,von 4 000 Kollegen 2 000 entlassen. In der gleichen Zeit stiegen die Preise z.B. für einen Zentner Kartoffeln von 2,52 Mark auf 5,20 Mark. Der Arbeitstag dauerte 12 Stunden, oft wurden daraus 14 oder sogar 16.

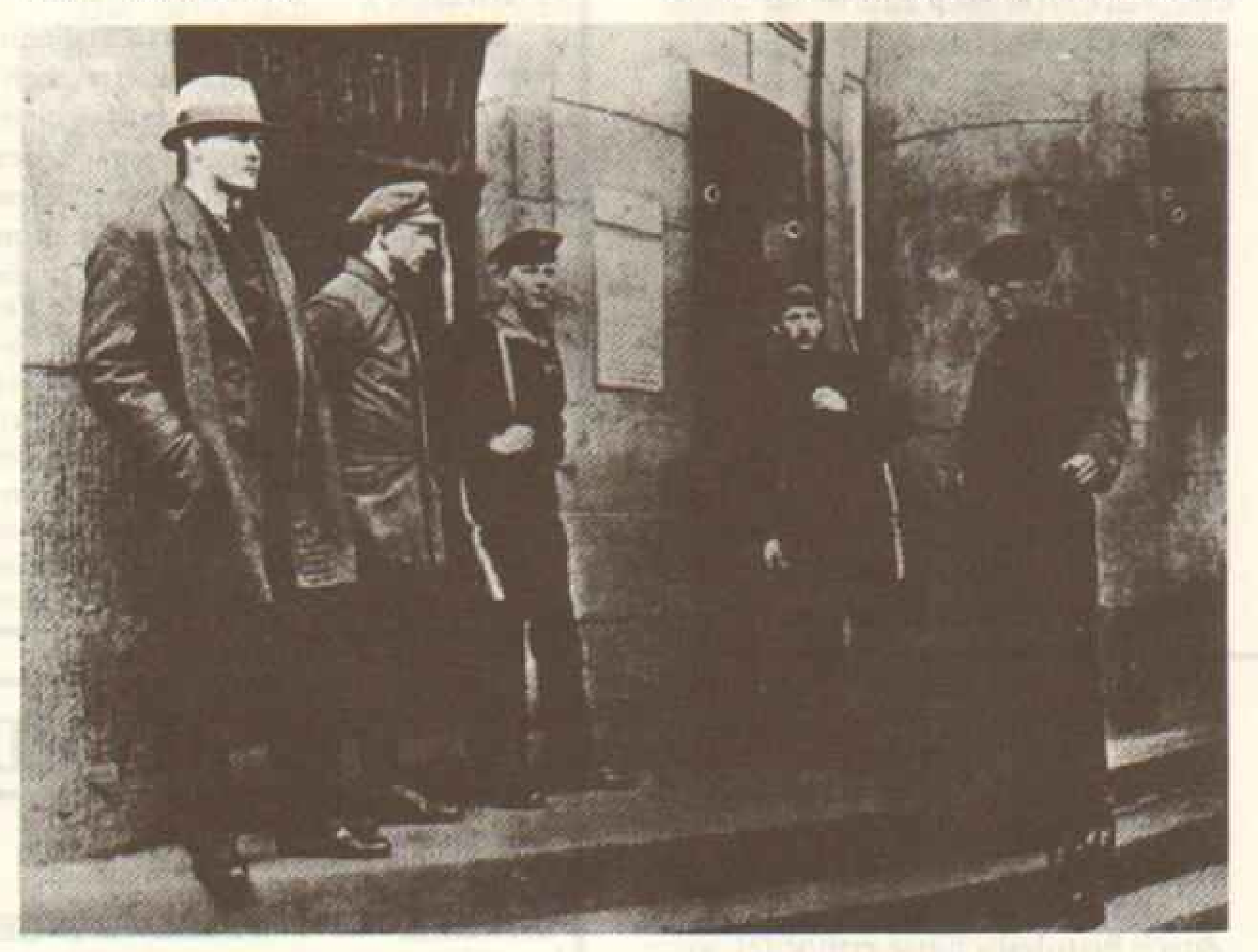
Im April 1932, während der Weltwirtschaftskrise, arbeitete nur noch ein Hochofen bei Hoesch, der Lohn für 8 Stunden war auf 4,80 Mark gesunken, sowenig wie 1873. Von 31 000 Arbeitern, die 1929 in den Hoeschwerken arbeiteten, waren 1932 noch ganze 18 000 übriggeblieben. Auch damals war Kurzarbeit das Vorspiel zu den Massenentlassungen. In den Jahren 1928 und 29 wurde bei Hoesch zum Teil nur zwei Tage in der Woche gearbeitet.

1848 schrieben Karl Marx und Friedrich Engels im „Kommunistischen Manifest" über das Proletariat: **„Sein Kampf gegen die Bourgeoisie beginnt mit seiner Existenz (...) Aber mit der Entwicklung der Industrie vermehrt sich nicht nur das Proletariat; es wird in größeren Massen zusammengedrängt, seine Kraft wächst und es fühlt sie mehr."** Schon 1874 streiken die Arbeiter der Hütte für höhere Löhne. 1889 entbrennt der Kampf aufs Neue. Gemeinsam mit 14 000 Kumpeln aus den Zechen des Ruhrgebietes treten die Arbeiter der Hoesch-Hütten in den Streik für den Achtstundentag und fordern seine gesetzliche Regelung. Geführt wird dieser erste politische Kampf der Hoescharbeiter von der revolutionären Sozialdemokratie August Bebels und Wilhelm Liebknechts.

Von Anfang an mußten die Marxisten gegen den Opportunismus kämpfen, gegen die Versuche, die Arbeiterklasse von ihrem großen Ziel, dem Sozialismus, der nur auf revolutionärem Weg erreicht werden kann, abzubringen. Immer wieder gelingt es den Opportunisten, wie z.B. dem Gewerkschaftsführer Hue, sich an die Spitze der Kämpfe zu setzen und sie in das reformistische Fahrwasser zu lenken.

1914, als die deutschen Imperialisten den 1. Weltkrieg begannen, fehlte auch bei Hoesch die revolutionäre Führung. Die Arbeiter wurden in den imperialistischen Krieg gehetzt, ihre Frauen drehten Granaten, mußten Geschütze und Gewehre produzieren, bei Hoesch genauso wie bei Krupp, Stinnes und Thyssen. Aber nach vier Jahren reifte die revolutionäre Krise heran. **Im Januar 1918 bereitet „Spartakus" den politischen Massenstreik vor.** Bei Hoesch werden Flugblätter mit den Parolen: **„Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung! Es lebe der Massenstreik!" verteilt.** Als Ende Januar eine Million Arbeiter in ganz Deutschland im Streik gegen den imperialistischen Krieg standen, liegen auch die Hütten und Zechen in Dortmund still. Unter dem Eindruck der russischen Revolution heißt es in einem Flugblatt: **„Arbeiter! Genossen! Wir müssen mit der Reaktion ‚russisch' reden.!"**

Am 8. November beginnt die Revolution in Dortmund. **Die Arbeiter und Soldaten stürmen die Kasernen und Polizeistationen, erobern sich Waffen, befreien die politischen Gefangenen, besetzen die Betriebe, das Rathaus und das Hauptpostamt. Der Arbeiter- und Soldatenrat übernimmt die Macht.** Als an Sylvester 1918 in Berlin die Kommunistische Partei Deutschlands mit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg an der Spitze gegründet wird, reist auch ein Delegierter aus Dortmund zum Gründungsparteitag.



Bewaffnete Posten des Arbeiter- und Soldatenrates vor dem Gebäude der Hauptpost in Dortmund.

1920, während des Kapp-Putsches, führt die noch junge KPD die Dortmunder Arbeiter gegen die Truppen der Konterrevolution. Am 13. März erschießt die reaktionäre „Sicherheitswehr" mehrere Arbeiter. Einige Tage später werden erneut sechs Arbeiter ermordet. Als die Putschisten sich in der Nähe von Hagen sammeln, bewaffnen sich die Hoesch-Arbeiter. Der revolutionäre Arbeiter Meinberg aus Dortmund berichtet darüber:

„Am 15. März 1920, 10 Uhr vormittags, erschien die Batterie des Hauptmanns Hasenclever auf dem Bahnhof in Wetter a.d. Ruhr. Der örtliche Aktionsausschuß befragte den Hauptmann: ‚Auf welchem Boden steht das Militär?' Als Hasenclever erklärte, er sei Kappist, begann ein Kampf, der in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung nie erreicht war. Mit wenigen Gewehren griffen die Arbeiter an. Das gebirgige Gelände war ihnen günstig. Hinter jedem Stein und Baum, in jedem Strauch und Versteck knallte der rote Tod. Da kamen die Arbeiterbrüder aus Bommern, Vollmarstein, Wengern, Hagen, Witten, aus nah und fern. In den Händen die gerade erbeutete Waffe. Und als der mörderische Kampf vorüber war, da lag auf dem Bahnhof die Hoffnung der Kapp-Lüttwitz-Watter, erschlagen, geschlagen von wildauflohender, proletarischer Begeisterung. 64 Tote, darunter 4 Offiziere – auch der Hauptmann Hasenclever – 100 Gefangene. Aber auch die Arbeiter trugen sieben ihrer Besten zu Grabe.'

Das Bielefelder Abkommen, abgeschlossen mit Zustimmung der revisionistischen Führer der USPD und der SPD, entwaffnete die Arbeiter, rettete der Bourgeoisie die Herrschaft.

In den folgenden Jahren verschlechterte sich die Lage der Hoescharbeiter ständig. 1923 wurde der Achtstundentag wieder abgeschafft, die Löhne gesenkt, die Rationalisierung verschärft, in vielen Arbeiterfamilien herrschte Hunger und Not, tausende waren ohne Arbeit und Brot. In dieser Zeit kämpfte die Betriebszelle der KPD bei Hoesch an der Seite der Arbeiter und schmiedete das revolutionäre Kampfbündnis. Es war klar, daß eine neue revolutionäre Krise heranreifte, und ohne fest in den Betrieben verankert zu sein, würde die Partei die Arbeiterklasse nicht zum Sieg führen können. Bei den Betriebsratswahlen 1931 eroberte die Partei die Mehrheit der Sitze. Die Imperialisten rüsteten sich erneut zum Krieg und gegen die Revolution mit der faschistischen Diktatur.

Am 27. Februar 1932 kam Ernst Thälmann nach Dortmund. 50 000 Arbeiter versammelten sich, um den Führer der deutschen Arbeiterklasse zu hören. Die Westfalenhalle war zu klein, vier Parallelveranstaltungen in anderen Sälen mußten abgehalten werden. Ernst Thälmann erklärte, daß nur die Revolution Faschismus und Krieg verhindern kann, wie es in der Programmerklärung der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes heißt: ‚Wir Kommunisten sind die einzige Partei, die sich den Sturz des Imperialismus und die Befreiung der Völker von der Macht des Finanzkapitals zum Ziel setzt. Deshalb fordern wir die werktätigen Massen auf, vor allem gegen den Feind im eigenen Lande, für den Sturz der kapitalistischen Herrschaft und für die Aufrichtung der Sowjetmacht in Deutschland zu kämpfen.'

Als kurze Zeit nach Ernst Thälmann Goebbels in der Westfalenhalle sprach, wurde vor seinen Augen ein großes Transparent mit der Aufschrift: ‚Goebbels Tod – Dortmund bleibt rot!" entrollt. Die Hoescharbeiter schützen ihre Wohnviertel gegen die Terrorbanden der SA. Bis ins Jahr 1938 traut sich kein Faschist in Uniform in das Viertel am Borsigplatz. So berichtet z. B. das „Ruhrecho" von 1932: **„Trotz der späten Stunde war in kurzer Zeit der Massenselbstschutz durch Hornsignale mobilisiert, und, ungeachtet der Feuerstöße der SA-Horden, gingen die Selbstschützler mit trotzigem Elan gegen die Mordbuben vor, die im Handumdrehen aus dem Arbeiterviertel vertrieben waren."**

1935 ließ der SA-Obersturmbannführer und Nazireichstagsabgeordnete Springorum, Generaldirektor von Hoesch, nach dem noch heute eine Straße in Dortmund benannt ist, „Vertrauensmännerwahlen" abhalten. Diese Wahlen wurden von der Hälfte der Arbeiter boykottiert, das „Wahlergebnis" wurde niemals bekanntgegeben. Immer wieder flammte der Widerstand bei Hoesch auf. Einen Monat vor Kriegsende, als die Niederlage der Faschisten an allen Fronten nahe bevorstand, wurden in der Bittermark von der Gestapo 240 revolutionäre und fortschrittliche Menschen, Kämpfer gegen den Faschismus, bestialisch ermordet. Unter ihnen waren auch sechs Arbeiter der Westfalenhütte und von Phönix.

Als nach dem Krieg, in den 5oiger Jahren, die KPD revisionistisch entartete, zur Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung wurde, als die kurze Periode der relativen Stabilisierung begann, da schürten die Imperialisten und Revisionisten die Illusion vom „krisenfreien" Kapitalismus, vom Klassenfrieden. Die Krise von 1966/67 zeigte, daß dieses Gerede nur Lügenpropaganda war. Kurzarbeit und Entlassungen zeigten den Hoescharbeitern, daß sich der Kapitalismus nicht gewandelt hatte. Und 1969 zerbrach auch das Märchen vom Klassenfrieden. In den Septemberstreiks zeigten die Arbeiter ihre Kampfkraft und Kampfentschlossenheit. Gegen den Willen des Gewerkschaftsapparates legen 100 000de die Betriebe still. Die Streiks beginnen auf der Westfalenhütte. In riesigen Märschen treffen sich die Arbeiter der Westfalenhütte, von Phönix und Union mitten in der Stadt. Der Betriebsrat wird ausgepfiffen, als er einen Kompromiß auftischen will. Die Arbeiter ziehen vor das Verwaltungsgebäude und knüpfen eine Strohpuppe, die Hoesch-Boß Harders darstellt, an einem Galgen auf. Aber der Streik wird von Verrätern angeführt, von Wetzel, Wäscher, Werski, Schrade und Konsorten, einer Vereinigung von D„K"P-Revisionisten und Trotzkisten innerhalb der SPD. Ihnen gelingt es, sich in diesem Streik als Arbeiterführer herauszustellen und in der Folgezeit immer wieder die Kämpfe der Hoescharbeiter zu verraten.

Am 1. Mai 1970 findet nach langen Jahren zum erstenmal wieder eine revolutionäre Maidemonstration in Dortmund statt. Die Hoescharbeiter im Dortmunder Norden, rund um den Borsigplatz, erleben die Demonstration der KPD/ML, hören die Parolen für die Diktatur des Proletariats, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

1971 erscheint die erste Ausgabe von „Rotfront", der Betriebszeitung unserer Partei. Seit dieser Zeit wird der ROTE MORGEN regelmäßig im und am Betrieb verkauft. Von Anfang an ruft die Betriebszelle der Partei die Arbeiter zum revolutionären Klassenkampf gegen den Kapitalismus und alle seine Handlanger auf.

Am 8. Oktober 1972 ruft die Partei, gemeinsam mit der KP Spaniens/ML und der KP Italiens/ML zur Demonstration gegen die reaktionären Ausländergesetze nach Dortmund auf. Diese Demonstration, an der sich auch andere fortschrittliche Organisationen beteiligten, war die größte revolutionäre Demonstration in Dortmund seit langen Jahren. Über 15 000 Menschen hatten sich eingereiht. Am kleinen Borsigplatz sprach Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML.



Über 15 000 Menschen demonstrierten 1972 in Dortmund gegen die reaktionären Ausländergesetze.

Im Betrieb verschärft sich der Kampf. Die Genossen der Partei treten auf Betriebsversammlungen auf, in den Abteilungen stehen sie in den Tageskämpfen an der Seite der Kollegen mit dem Ziel, die fortschrittlichen Kollegen für den Kommunismus, für die sozialistische Revolution zu gewinnen. Gerade bei Hoesch zeigt sich, daß dies nicht gelingen kann, ohne den Verrat der modernen Revisionisten am Marxismus-Leninismus zu bekämpfen.

Als im Februar 1973 ein spontaner Streik um eine Lohnerhöhung von 14 Prozent beginnt, gelingt es den modernen Revisionisten in der Vertrauenskörperleitung, mit Lügen und Drohungen den Kampf abzubrechen. Die „Stählerne Faust" entlarvt die Rolle der modernen Revisionisten als Streikbrecher, als Verräter am Kommunismus, als schlimmste Feinde der Arbeiter, die damals nicht davor zurückschreckten zu erklären, sie hätten an dem Streik nur teilgenommen, um „Schlimmeres zu verhüten."

Am 1. Mai 1973 wird die Demonstration der Partei verboten. Trotz Verbot versammeln sich Hunderte von Genossen und Freunden am Nordmarkt und halten den ganzen Tag über in den Stadtteilen Kundgebungen ab. Am späten Nachmittag formiert sich ein Demonstrationszug von ca. 500 Menschen am Hoeschplatz, umringt von Genossen und Freunden, vor den interessierten Zuhörern aus den Häusern ringsum hält Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der Partei, eine Rede. Als die Polizei zuschlagen will, hat sich die Demonstration längst aufgelöst. Zwei Wochen später gleicht Dortmund erneut einem Heerlager der Polizei: Die Partei hat aufgerufen gegen den Besuch des Neuen Zaren, des Sozialimperialisten Breschnew zu demonstrieren. „Nieder mit dem USA-Imperialismus! Nieder mit dem Sozialimperialismus! Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!", hallt es durch die Straßen.

Die modernen Revisionisten haben von Anfang an versucht, die Partei bei Hoesch zu isolieren und mit Demagogie und sozialfaschistischem Terror zu bekämpfen. Anfang 1974 gelingt es dem D„K"P-Betriebsrat Wetzel, den Genossen Reimer Schnoor, der von seinen Kollegen zum Vertrauensmann gewählt werden soll, mit Hunden und Polizei aus dem Betrieb holen zu lassen. Aber als einige Monate später die D„K"P-Revisionisten den Gewerkschaftsausschluß eines Genossen zum Anlaß nehmen, um seine Entlassung durchzusetzen, verweigert die Vertrauenskörperversammlung des Betriebes die Zustimmung aus Angst vor den Kollegen des Genossen, die erklärt hatten, sie würden seine Entlassung nicht kampflos hinnehmen.

In diesen Kämpfen ist es der Partei gelungen, neue Sympathisanten zu gewinnen, die bereit sind, die Partei zu unterstützen, die erkennen, daß Imperialismus Krise, Krieg und Faschismus bedeutet und daß es für die Arbeiterklasse nur einen Weg zur Befreiung gibt: die sozialistische Revolution.

Weg mit der Isolationsfolter!

Fortsetzung von Seite 1

Daß der imperialistische Staat die Liquidierung von Revolutionären planmäßig betreibt, wird klar durch die Tatsache bewiesen, daß in einigen Gefängnissen sogenannte „tote Trakts' zur Durchführung der Isolationsfolter eingerichtet wurden, daß völlig schalldichte Zellen gebaut wurden, in denen gleichzeitig ein Dauerton und eine konstant hohe Zellentemperatur erzeugt werden.

Um den Widerstand und den Kampfgeist der Gefangenen zu brechen, werden neben der Isolation auch Psychiatrisierungsversuche unternommen, die uns besonders aus der Praxis der Machthaber in der Sowjetunion bekannt sind. Psychiatrisierung – das heißt, die Gefangenen sollen für verrückt erklärt oder durch entsprechende „medizinische" Eingriffe verrückt gemacht werden. Nur durch eine breite Mobilisierung konnte ein derartiger Eingriff bei der Genossin Meinhof verhindert werden, der höchstwahrscheinlich sogar den Tod der Genossin zur Folge gehabt hätte.

Die terroristischen Haftbedingungen der politischen Gefangenen sind verbunden mit der systematischen Behinderung, der praktisch weitgehenden Verunmöglichung ihrer Verteidigung vor Gericht. So versucht die Bourgeoisie, die fortschrittlichen Rechtsanwälte der politischen Gefangenen zu kriminalisieren. Gegen mehrere Anwälte sind Verfahren wegen Verdachts auf „Beteiligung an einer oder Unterstützung einer kriminellen Organisation" eingeleitet worden, mehrfach wurde Anwaltspost und Material zur Vorbereitung der Verteidigung in den Zellen beschlagnahmt.

Folter und Terror gegen die politischen Gefangenen sind Teil der allgemeinen Faschisierung des imperialistischen Staatsapparates, die von der Bourgeoisie betrieben wird, um der Verschärfung der Klassenkämpfe und dem Wachsen der revolutionären Bewegung Herr zu werden. Den planvollen Liquidierungsversuchen politischer Gefangener entspricht die Verschärfung des Polizeiterrors, der ebenfalls wie die Ermordung unseres Genossen Routhier zeigt, zunehmend auf die physische Vernichtung revolutionärer Menschen angelegt ist. Der Kampf der politischen Gefangenen gegen den imperialistischen Strafvollzug ist vom revolutionären Klassenkampf der Arbeiterklasse und des gesamten werktätigen Volkes nicht zu trennen.

Wir halten es für einen entscheidenden Fehler der von den RAF-Gefangenen abgegebenen Hungerstreikerklärung, die wir auf dieser Seite abdrucken, daß die Genossen ihre Situation als politische Gefangene losgelöst vom Kampf der Arbeiterklasse sehen und stattdessen von der „antiimperialistischen Befreiungs- und Einheitsfront in den Gefängnissen und Kriegsgefangenenlagern der vom Imperialismus beherrschten Teile der Welt" schwärmen. Die für den erfolgreichen Kampf entscheidende Einheit der politischen Gefangenen, die zu schmieden ist, ist die zwischen dem revolutionären Klassenkampf der Arbeiterklasse draußen und dem Kampf der politischen Gefangenen. Nur in dieser in der Roten Hilfe organisierten engen Verbindung kann der Kampf der politischen Gefangenen revolutionär und offensiv sein. Und der Kampf der politischen Gefangenen hat nur dann eine wirklich revolutionäre Perspektive, wenn er sich die Befreiung zum Hauptziel setzt, damit die gefangenen Genossen möglichst schnell ihren eigentlichen Kampfplatz in der revolutionären Front wieder einnehmen können. **„Freiheit für alle politischen Gefangenen!' muß die Hauptforderung sein, die nur durch den Kampf der Arbeiterklasse, durch die proletarische Massensolidarität erkämpft werden kann.**

Die Erklärung der RAF-Gefangenen spiegelt die grundsätzlichen Fehler der RAF wider, die unsere Partei stets bekämpft hat. Wir werden uns in einer der nächsten Nummern des Roten Morgen noch einmal grundsätzlich mit der RAF-Ideologie auseinandersetzen und beschränken uns an dieser Stelle darauf, zu zitieren, was wir im Roten Morgen 12/72 geschrieben haben: **, Wir lehnen es ab, den Terror gegen die Bourgeoisie, der losgelöst vom Kampf der werktätigen Massen ausgeübt wird, als eine sinnvolle Taktik des revolutionären Klassenkampfes anzuerkennen. Eine solche Taktik läuft darauf hinaus, die Massen zu passiven Zuschauern des Kampfes einiger tollkühner „Helden" gegen die Staatsgewalt zu verdammen. Ein solcher Kampf ist aussichtsloses Abenteurertum und muß unvermeidlich mit dem Sieg der Staatsgewalt enden."**

Unsere Partei geht dagegen von der Erkenntnis aus, **daß die Massen die wahren Helden und die Triebkraft der Geschichte sind.** Diese Verachtung der Massen durch die RAF drückt sich auch darin aus, daß sie den Terror gegen sich nicht als Teil der Unterdrückung des Volkes durch die Bourgeoisie sehen, sondern sich wiederum für die eigentlichen Helden halten und sich in ihrer Erklärung als zu „grundrechtsunwertem Leben erklärte Minderheit" bezeichnen.

Wenn wir die Erklärung der RAF-Gefangenen trotz der schwerwiegenden Fehler, die schon in der durch kleinbürgerliche Ideologien geprägten Sprache ihren Ausdruck finden, abdrucken, dann deshalb, um die Mauer des Schweigens und Verfälschung, mit der die Bourgeoisie den Kampf der Genossen zu unterdrücken sucht, zu durchbrechen. Die RAF wird von der Bourgeoisie nicht verfolgt, weil sie Fehler macht, sondern weil sie revolutionär gegen den Imperialismus kämpft.

Daß die Genossen trotz des ungeheuren Terrors, dem sie ausgesetzt sind, jetzt erneut den organisierten Widerstand verstärken, ist ein großartiger Beitrag zum Kampf gegen die verschärfte politische Unterdrückung. Mit jedem gefangenen Kämpfer, mit jedem neuen Terrorurteil erhält der Kampf um die Freilassung aller politischen Gefangenen größere Bedeutung, wird die Schmiedung einer breiten Front proletarischer Klassensolidarität, die Stärkung und der weitere Aufbau der Roten Hilfe dringlicher.

Freiheit für alle politischen Gefangenen!
Weg mit der Isolationsfolter!
Kampf den Psychiatrisierungsversuchen!
Schluß mit den Diffamierungs- und Kriminalisierungsversuchen fortschrittlicher Rechtsanwälte!
Kampf dem Justiz – und Polizeiterror!
Stärkt die ROTE HILFE!
Nieder mit dem westdeutschen Imperialismus!
Vorwärts mit der KPD/ML!

Kampf der bürgerlichen Kassenjustiz!

Der Haftbefehl gegen Genossen Peter Bayer, der wegen der Teilnahme am Roten Antikriegstag zu 12 Monaten ohne Bewährung verurteilt worden war, bleibt aufrechterhalten. Als Antwort auf einen Antrag des Genossen, den Haftbefehl aufzuheben, antwortete das Gericht, daß dieser Antrag abzulehnen sei, da „angesichts der zu erwartenden Strafe" nach wie vor Fluchtgefahr bestehe. Außerdem sei der Angeklagte ohne „hinreichende soziale Bindungen." Kurz zuvor war gegen den Genossen ein Strafverfahren wegen „Sachbeschädigung" eingeleitet worden, weil er einen Kleber der Partei auf einen Laternenmasten geklebt haben soll. Der Zweck ist eindeutig, den Genossen vor Beginn der Berufungsverhandlung, die in Kürze stattfinden soll, noch zum Vorbestraften zu stempeln.

In Mannheim / Ludwigshafen gründete sich eine neue ROTE HILFE Gruppe. Sie wird den Kampf gegen die politische Unterdrückung auf der Grundlage des Programmatischen Aufrufes der Bochumer Konferenz aufnehmen.

Am 8. und 11. 10. beginnt in München die Berufungsverhandlung im Antikriegstagsprozeß gegen Genossen Heinz Baron.



DER AUFBAU DER BOLSCHEWISTISCHEN PARTEI IM KAMPF GEGEN DEN MODERNEN REVISIONISMUS

In dieser Ausgabe des Theoretischen Organs unserer Partei werden die allgemeinen Grundlagen des bolschewistischen Parteiaufbaus und ihre konkrete Anwendung auf die Besonderheiten der Bundesrepublik und Westberlin zusammengefaßt, wobei gleichzeitig die wichtigsten kleinbürgerlichen „Parteiaufbautheorien" widerlegt werden. Wir werden in einer der nächsten Nummern des ROTEN MORGEN näher auf diese Ausgabe des Theoretischen Organs eingehen.

Vertrieb: Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49, Postscheck Hmb 1935 72 – 207. Preis DM 4,--

Hungerstreikerklärung der Gefangenen der RAF

Wer seine Lage erkannt hat – wie soll der aufzuhalten sein?

Das ist unser dritter Hungerstreik **gegen Sonderbehandlung, gegen die Vernichtungshaft** an politischen Gefangenen in den Gefängnissen der Bundesrepublik und Westberlins. Isolation ist mit neuer Technologie die alte Sache des Imperialismus, Endlösung durch Sonderbehandlung von damals zu lebensunwertem, heute (in der Terminologie der Bullen) grundrechtsunwertem Leben erklärten Minderheiten, jetzt: der politischen Gefangenen.

Widerstand gegen **die Vernichtungshaft, die Sonderbehandlung,** heißt:

Widerstand gegen:

– Entmenschung durch soziale Isolation über Jahre;

– Gehirnwäsche durch sensorische Deprivation in Toten Trakts – seit Anfang Mai sitzt Ronald Augustin im Toten Trakt des Gefängnisses in Hannover.

– Die neuen camera-silence-Zellen mit Dauerhitze und Dauerton und TV-Überwachung nach dem Modell des Hamburger DFG-Forschungsprojekts in Berlin-Tegel, Berlin-Lehrterstraße, Bruchsal, Essen, Köln, Straubing;

– Verschleppung bei jedem Versuch, die totale Isolation durch Zurufe zu anderen Gefangenen zu durchbrechen, in die:

Bunker in Berlin-Moabit
Bunker in Bruchsal
Bunker in Essen
Bunker in Straubing
Bunker in Preungsheim
Bunker in Fuhlsbüttel
Bunker in Mannheim

in die schalltote, TV-überwachte Glocke im UG-Hamburg, darin tagelang angeschnallt.

– Mordversuche durch Wasserentzug bei Hungerstreiks in Schwelmstadt, München, Hamburg, Köln;

– Konzentrationstrakts für politische Gefangene in Lübeck, Stuttgart, Berlin;

– Fesselung beim Hofgang in Hamburg und Lübeck;

– Seit zweieinhalb Jahren Unterbringung in Spezialzellen in Köln-Ossendorf unmittelbar neben den zwei Hauptdurchgangstüren des Knasts – nie Ruhe; dasselbe in Berlin-Moabit;

– Psychiatrisierungsversuche und die Anwendung und Drohung von und mit Zwangsnarkotisierung für Ermittlungszwecke;

– Sprechzellen mit Trennscheiben für Verteidigerbesuche, in denen menschliche, d.h. politische Kommunikation, unmöglich ist – in Hannover, Stuttgart, und Straubing.

– Periodische Beschlagnahmung des gesamten Materials zur Vorbereitung der Verteidigung – Aufzeichnungen und Post – durch die Sicherungsgruppe Bonn – Abteilung Staatsschutz;

– Diffamierung und Kriminalisierung der Verteidiger der politischen Gefangenen;

– Aktenunterschlagung und Aktenmanipulation durch das Bundeskriminalamt.;

– punktuelle Lockerung der Isolation immer nur dann, um Gefangene, die im Zugriff der Polizei sind, als Spitzel und Zeugen für die Prozesse aufzubauen; so in Köln-Ossendorf, wo Jan Raspe seit April den angebotenen Hofgang ablehnt, weil der, an dem er teilnehmen könnte, der des Transporthauses ist, mit täglich wechselnden, auswechselbaren Gefangenen – einer Fluktuation – in der weder Kommunikation noch Orientierung möglich ist. Bei bisher allen als Ausnahmeregelung ermöglichen Gefangenenkontakten stellte sich raus, daß es von den Bullen (Sicherungsgruppe) organisierte und kontrollierte Kontakte waren.

– Terrorisierung der Verwandten mit Durchsuchung, Bespitzelung, Beschimpfung und Observation vor und nach den Besuchen, um sie unter Druck zu setzen, auf die Gefangenen im Sinne der Bullen einzuwirken.

Der Hungerstreik ist unsere einzige Möglichkeit zu kollektivem Widerstand gegen den Schweinevollzug, gegen die Counterstrategie des Imperialismus, gefangene Revolutionäre und Gefangene, die im Gefängnis angefangen haben, sich organisiert zu wehren, psychisch und physisch, das heißt politisch zu vernichten. Unsere einzige Möglichkeit, entwaffnet, gefangen, isoliert – unsere Arbeitskraft, unsere Physischen und geistigen Kräfte, unsere Identität als Menschen einzusetzen, um den Stein, den der Staat der herrschenden Klasse gegen uns aufgehoben hat, ihm auf seine eigenen Füße fallen zu lassen. Kampf ist - aus Schwäche Stärke machen.

Isolation ist die Waffe des Vollzugs gegen alle Gefangenen, die entschlossen sind, sich im Gefängnis nicht vernichten zu lassen, das Menschenexperiment, die Gehirnwäsche, das Programm des imperialistischen Vollzugs zu bekämpfen, sie werden isoliert, um Politisierung, Widerstand im Gefängnis überhaupt zu liquidieren – um alle anderen Gefangenen, die noch nicht durchblicken, obwohl sie leiden und eigentumslos sind wie wir und nichts mehr zu verlieren haben als ihre Ketten, umso totaler einseifen zu können.

Wir fordern alle isolierten Gefangenen auf, mit uns die Isolation zu bekämpfen.

Die Abschaffung der Isolation ist die Bedingung, die wir uns erkämpfen müssen, wenn Selbstorganisation der Gefangenen, wenn revolutionäre Politik, wenn Befreiungskampf im Gefängnis überhaupt eine realistische Möglichkeit von proletarischer Gegengewalt werden soll – im Rahmen der Klassenkämpfe hier, im Rahmen der Befreiungskämpfe der Völker der dritten (...) Welt, im Rahmen von proletarischem Internationalismus, im Rahmen einer antiimperialistischen Befreiungs- und Einheitsfront in den Gefängnissen und Kriegsgefangenenlagern der vom Imperialismus beherrschten Teile der Welt.

ALLE MACHT DEM VOLK DURCH EROBERUNG DER GEWALT!
FREIHEIT DURCH BEWAFFNETEN, ANTIIMPERIALISTISCHEN KAMPF!

13.9.74

die Gefangenen der RAF

Todesanzeige

Am 28.8.74 verstarb nach schwerem Leiden der Genosse Bernhard Lochbaum aus Rielasingen bei Singen. Bernhard Lochbaum hat sich ein Leben lang für die Sache der Arbeiterklasse eingesetzt. Hier einige Stationen seines Lebens:

1918 – Teilnehmer am Matrosenaufstand in Kiel. Wurde Mitglied der Spartakusbundes. Beteiligt an den Spartakuskämpfen in Berlin. Anschließend im Baltikum, um an der Seite der Roten Armee gegen die deutschen Freikorps zu kämpfen. In Rielasingen im Industriegebiet um Singen fand er dann eine Heimat und ein Kampffeld in den Reihen der KPD. 1935 mehrere Jahre wegen illegaler Tätigkeit inhaftiert. 1945 führend tätig beim Aufbau der KPD Tailfingen/Konstanz. In den Jahren 45 und 46 kommunistischer Bürgermeister des Arbeiterorts Rielasingen. Lange Zeit war er Betriebsratsvorsitzender der Landmaschinenfabrik Fahr in Gottmadingen mit 2.500 Beschäftigen.

Genosse Bernhard war stets ein Gegner der D„K"P, die er verächtlich einen „Verein", nicht aber eine bolschewistische Partei nannte. „Traut niemals der D,K'P". so lautete ein oft wiederholter Rat von ihm. Er betonte stets die nach dem revisionistischen Verrat unbedingte Notwendigkeit einer neuen bolschewistischen Partei, der Partei Ernst Thälmanns. Auch wenn er nicht mehr den Weg zur Partei gefunden hat, nicht zuletzt infolge seiner schweren Krankheit, hat er niemals daran gezweifelt, daß die Jugend den richtigen Weg zur Revolution finden und konsequent voranschreiten wird. Nehmen wir ein Beispiel am Leben des Genossen Bernhard Lochbaum! Vorwärts mit der KPD/ML!

Genossen aus Singen/Hohentwiel

Zum 30. Jahrestag der Befreiung Albaniens und des Sieges der Volksrevolution

Tod dem Faschismus! Freiheit dem Volk!

Anläßlich des 30.Jahrestags der Befreiung und des Sieges der Volksrevolution werden wir in einigen Artikeln auf den Kampf des albanischen Volkes unter der Führung der PAA eingehen.

Am 29. November, nach 5 1/2 jährigem hartem Kampf, befreite die Nationale Befreiungsarmee die Stadt Shkodra von den Hitlertruppen. Als in dieser Stadt die Siegesfahne gehißt wurde, da kündete sie gleichzeitig von der vollständigen Befreiung Albaniens und vom Sieg der Volksrevolution im ganzen Land.

Dieser Kampf gegen die italienischen und deutschen Faschisten wie auch gegen die einheimische Reaktion ist der blutigste und zugleich heldenhafteste Kampf gewesen, den das freiheitsliebende albanische Volk im Lauf seiner Geschichte geführt hat.

Das nur 28 000 qkm große Albanien mit seiner mehr als eine Million Einwohner zählenden Bevölkerung besetzten im Verlaufe des 2. Weltkrieges etwa 700 000 faschistische Soldaten. Sie mordeten nicht nur 28 000 der besten Söhne und Töchter des albanischen Volkes, sie richteten auch einen ungeheuren materiellen und kulturellen Schaden an. Trotzdem gelang es dem albanischen Volk, dem kleinsten Land in der antifaschistischen Weltfront, sich vollständig aus eigener Kraft zu befreien. Es band während des Krieges mehr als 15 italienische und deutsche Divisionen und setzte etwa 70 000 Feinde außer Gefecht. Ebenso wurde die politische Macht der Feudalen und des Bürgertums gebrochen. Albanien löste sich für immer aus dem kapitalistischen Weltsystem heraus und beschritt unter der Führung seiner im Kampf hervorgebrachten und gestählten kommunistischen Partei den Weg des Aufbaus des Sozialismus, wurde zum Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa.

Fragt man nach den Ursachen dieses heroischen Kampfes und seines Sieges, so heißt die Antwort: *„Der Sieg im nationalen Befreiungskampf wurde vor allem dank der Selbstlosigkeit und der großen Tapferkeit, die das albanische Volk während des Kampfes zeigte, errungen.'* (Geschichte der Partei der Arbeit Albaniens., S. 257/58.) Das albanische Volk, von jeher geknechtet und unterdrückt, hat während seiner ganzen Geschichte um seine Freiheit und nationale Unabhängigkeit kämpfen müssen. Dieser Kampf, der dem albanischen Volk seinen Namen – Volk der Bergadler – eingetragen hat, wurde stets mit der Waffe in der Hand geführt. Der größte Patriot, den die vergangenen Kämpfe hervorgebracht hatten, ist Skanderbeg, dem das albanische Volk nicht nur im Befreiungskrieg gegen die Türken im 12. Jahrhundert folgte, sondern der in allen Zeiten und bis auf den heutigen Tag ein Nationalheld, ein Symbol für den unbeugsamen Freiheitswillen des albanischen Volkes geblieben ist.

Auch als am 7. April die Truppen der italienischen Faschisten in der Küstenstadt Durres an Land gingen; – da gelang es ihnen durch den Verrat der Feudalen und des Bürgertums und ihres Königs Zogu zwar, das Land innerhalb weniger Tage einzunehmen – aber das albanische Volk akzeptierte das faschistische Regime der Okkupanten keine Minute. Es wehrte sich gegen die ungeheure Verschärfung der Ausbeutung durch die Einführung des 10-Stundentages und die gleichzeitigen Lohnsenkungen. Es wehrte sich gegen die unerträglichen Bedingungen auf dem Land. Es lehnte sich gleichzeitig gegen die nationale Unterdrückung auf, die die italienischen Arbeiter gegenüber den albanischen bevorzugte, die dem albanischen Volk seinen materiellen Reichtum raubte, die albanische Kultur in den Schmutz trat und in den Schulen sogar die albanische Sprache verbot.

Die albanische Arbeiterklasse, obwohl sie zahlenmäßig schwach war – es gab nur 15 000 Arbeiter im ganzen Land – erwies sich als die entschlossenste Kraft in diesem Kampf. *„Unter den Bedingungen der Okkupation nahm die Arbeiterbewegung einen klaren antifaschistischen politischen Charakter an. Die Fabriken und die großen Bauplätze wurden zu Zentren des Kampfes gegen die kapitalistischen Ausbeuter und die Okkupanten."* An ihrer Seite stand die Schuljugend. Sie sabotierte die Verbreitung der faschistischen Kultur und zeigte sich auf Demonstrationen und bei anderen Aktionen als kämpferische patriotische Kraft. Den Rückhalt des antifaschistischen und nationalen Befreiungskampfes bildeten die albanischen Bauern, die die Mehrheit des Volkes ausmachten.

„Die nach der Okkupation entstandene neue Lage machte die Mobilisierung des ganzen Volkes für den Kampf gegen den faschistischen Plan der Italienisierung und Ausplünderung des Landes sowie für die Befreiung Albaniens und für die Erlangung der nationalen Unabhängigkeit zur Hauptaufgabe."

Diese Einheit des Volkes auf einer klaren Linie gegen die ausländischen und inneren Feinde durchzuführen, bedurfte es aber einer Führung, einer politischen Partei, die die Interessen der revolutionärsten Klasse vertrat und gleichzeitig das ganze Volk zum Sieg über die Okkupanten und die einheimische Reaktion führen konnte. Diese Kraft, die dem albanischen Volk in seinen bisherigen Kämpfen gefehlt hatte, entstand durch die Gründung der Kommunistischen Partei Albaniens (heute Partei der Arbeit Albaniens) am 8. November 1941. Die KPA gründete sich im Kampf gegen den Faschismus aus verschiedenen kommunistischen Gruppen in Albanien, von denen die Korca-Gruppe, zu der unter anderem Enver Hoxha und Qemal Stafa gehörten, diejenige war, die am klarsten die notwendigen Schritte erkannte. An die Spitze des Zentralkomitees wurde Enver Hoxha gewählt.

Die Gründung der KPA hob den Kampf des Volkes auf eine neue Stufe. Obwohl die Partei zur Zeit der Gründung noch relativ klein war und keine großen Erfahrungen besaß, griff sie entschlossen in den Kampf ein. *„Die KP löste mit überzeugender Meisterschaft drei Schlüsselaufgaben zur Sicherung des Sieges: den Zusammenschluß der breiten Massen in der Nationalen Befreiungsfront; die Organisierung des allgemeinen Aufstandes, die Bewaffnung des Volkes und die Schaffung der regulären nationalen Befreiungsarmee; die Zerschlagung des Staates der Okkupanten, Feudalen und des Bürgertums und die Errichtung und Organisierung der volksdemokratischen Macht."*

Für die Lösung all dieser Aufgaben wurde bereits auf dem Gründungskongreß der KPA die Grundlage gelegt, wo die KPA als Hauptaufgabe den Kampf für die Erringung der nationalen Unabhängigkeit und eine volksdemokratische Regierung festgelegt und die entsprechenden Beschlüsse zur Lösung dieser Aufgabe faßte. Gleich nach dem Kongreß wandte sich das ZK der KPA mit einem Aufruf an das Volk:

„Wir wenden uns an alle ehrlichen Albaner, die Albanien wirklich lieben, alle ihre Kräfte zu vereinigen, um sie in den Kampf für die nationale Befreiung zu werfen. Der offene Kampf ist die einzig richtige Haltung gegenüber den Okkupanten. Jeder Sohn dieses Landes soll ein Soldat im Kampf für die nationale Befreiung sein. Um den Feind niederzuringen, müssen wir den Kampf organisieren und einheitlich und kräftig führen...

Also auf in den Kampf ZUR NATIONALEN BEFREIUNG, GEGEN DIE FASCHISTISCHEN OKKUPANTEN!"

Daß die Partei sich sofort an das Volk wendet, um es zum Kampf zu mobilisieren, ist immer ein Wesenszug der KPA geblieben. Denn von Anfang an war sich die Partei klar darüber, wie Enver Hoxha sagte: *„Die Partei kann im Kampf und in der Revolution nicht alleine geben. Die Revolution ist das Werk der Massen. Daher ist es die Aufgabe der revolutionären Partei, die Massen mit Bewußtsein zu erfüllen, sie zusammenzuschliessen, zu organisieren und zu führen."*

Diese Aufgabe konnte die Partei nicht allein durch Flugblätter und andere Formen der Propaganda lösen. Die Massen konnten nur dann Vertrauen zur Partei gewinnen, wenn sie sahen, daß die Kommunisten bereit waren, an der vordersten Front zu kämpfen und für die Sache des Volkes alles zu opfern – auch ihr Leben.

Für die Genossen der KPA gab es keine andere Losung als *„Freiheit oder Tod!"* Im Kampf für die Freiheit fielen bereits im ersten Jahr nach der Gründung der Partei eine Reihe der besten Genossen, unter ihnen Qemal Stafa, Mitglied des ZK und Politischer Sekretär des Kommunistischen Jugendverbandes, der 10 Tage nach der Gründung der Partei geschaffen wurde. Der heldenhafte Kampf dieser fast immer noch sehr jungen Kommunisten, die sich auch bei der größten Überlegenheit der faschistischen Feinde nicht ergaben, sondern bis zum letzten Blutstropfen und zur letzten Kugel weiterkämpften, sprach sich in den Armenvierteln der Städte und in den Hütten auf den Dörfern herum, festigte das Vertrauen in die Partei und ermutigte das Volk, über Streiks, Demonstrationen und Sabotageakte hinaus zum Mittel des bewaffneten Kampfes zu greifen. Im Jahre 1942 bildeten sich die ersten Partisaneneinheiten, die spätere Hauptquelle der Nationalen Befreiungsarmee.

Wie tief die Losungen der KPA das Volk ergriffen, kann man übrigens am besten daran messen, daß die Losung „Tod dem Faschismus" zu einem Bestandteil des Lebens des albanischen Volkes wurde. Betrat jemand das Haus eines Patrioten, so grüßte er *„Tod dem Faschismus!"* – und der andere antwortete ihm: *„Freiheit dem Volk!"*

Die logische Konsequenz aus dem Bewußtsein der Partei über die Rolle der Volksmassen war die Gründung der Nationalen Befreiungsfront. Die Nationale Befreiungskonferenz am 16. September 1942 in Peza, zu der alle national gesinnten Kräfte eingeladen worden waren, legte die Grundlagen für diese Nationale Befreiungsfront und mit dem Beschluß über die Bildung von Nationalen Befreiungsräten gleichzeitig die Grundlagen für die Volksmacht. Die Basis für die Nationale Befreiungsfront bildeten die Arbeiter und Bauern. Die einzige politische Partei in ihr war die KPA, deren Plattform für den nationalen Befreiungskampf von der Versammlung gebilligt wurde.

Die Nationalen Befreiungsräte begannen in den befreiten Gebieten sofort mit ihrer Ausübung ihrer Funktion als Organe der Volksmacht.

Zu Beginn des Jahres 1943 trat der Kampf des albanischen Volkes in eine neue Phase ein. An die Stelle einzelner Aktionen traten immer häufiger koordinierte Aktionen ganzer Partisanenverbände. Die Frage des bewaffneten Kampfes war nicht unumstritten. Von Anfang an wurde behauptet, die albanischen Patrioten, die keinerlei Waffen besaßen, die keinerlei Ausbildung hatten, könnten niemals einen bewaffneten Aufstand durchführen. Die KPA war anderer Ansicht: *„Die Guerillaeinheiten müssen mit Kampfmitteln gut ausgerüstet sein, die sie sich selbst zu beschaffen haben"*, sagte Enver Hoxha schon sehr früh. Diese Waffen konnte man natürlich nicht kaufen, man mußte sie sich holen von den einzigen, die im Lande Waffen besaßen – von den faschistischen Okkupanten. In Bezug auf die geringe Zahl der Kader war die Partei der Meinung, daß das Volk genügend mutige Kämpfer hervorbrachte, daß es die Aufgabe der Partei sei, sie zu erziehen und auszubilden. Auf dieser Generallinie wurde die Nationale Befreiungsarmee geschaffen. Ihre Gründung beschloß die KPA auf der Landeskonferenz im Jahre 1943. Auf der gleichen Konferenz, die nach einer genauen Einschätzung der Lage beschloß, daß die Zeit für den allgemeinen bewaffneten Aufstand reif sei.

Die erste große Bewährungsprobe hatte die Nationale Befreiungsarmee im Winter 43/44 zu bestehen. Mit 45 000 Mann griffen die Faschisten die Befreiungsarmee an und wüteten gleichzeitig mit einem Terrorfeldzug gegen das Volk, legten ganze Dörfer in Asche und verwandelten ganze Städte in Konzentrationslager. Aber ihr Plan scheiterte. Die nur 20 000 Mann starke Nationale Befreiungsarmee hielt dem Angriff stand. Zwar starben 1 000 Patrioten den Heldentod, aber es bildeten sich 4 neue Brigaden. Nach diesem Winter war die Initiative in der Hand der Armee des Volkes. Im Mai war bereits die Hälfte des Landes befreit. Als Ausdruck der politischen Stärke des Volkes trat der 1. Antifaschistische Kongress der Nationalen Befreiung zusammen. Er wählte die erste albanische Volksversammlung, die wirklich die Interessen des Volkes vertrat. Das vom Kongreß gebilligte Antifaschistische Komitee war die erste volksdemokratische Regierung Albaniens. Zu ihrem Präsidenten wurde Enver Hoxha gewählt.

Bald nach diesem Kongreß begann die Generaloffensive der Nationalen Befreiungsarmee, die den Feind dauernden Angriffen aussetzte und auch der inneren Reaktion schwere Schläge versetzte. Die Armee war inzwischen auf 70 000 Mann angewachsen, 9% von ihnen Frauen, 80% Jugendliche und 90% Bauern.

Am 29. Oktober begann nach allseitiger Vorbereitung der Kampf zur Befreiung der Hauptstadt, unter der Leitung von Mehmet Shehu, dem heutigen Vorsitzenden des Ministerrates. Am 17. November wurde über Tirana die Siegesfahne gehißt. 12 Tage später war Albanien befreit. Die staatliche Macht lag jetzt vollständig in den Händen der Nationalen Befreiungsräte, die den Willen des Volkes verkörperten. Vor dem albanischen Volk stand jetzt die Aufgabe, den Keim der Diktatur des Proletariats, den die volksdemokratische Macht in sich trug, voll zur Entfaltung zu bringen und die Revolution auf allen Gebieten zu Ende zu führen, sofort zur sozialistischen Revolution überzugehen. Gewappnet mit den Lehren des Befreiungskampfes, geführt von seiner marxistisch-leninistischen Partei, hat die albanische Arbeiterklasse zusammen mit den Bauern und den anderen Teilen des Volkes diesen Weg unbeirrbar verfolgt und ist zu einem wahrhaftigen Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa geworden.

Parteibüros der KPD/ML

Bielefeld:
Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1, Öffnungszeiten: Do und Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 14.00 Uhr

Bremen:
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70, Öffnungszeiten: Sa: 9.00 – 13.00 Uhr, Mi: 16.00 – 19.00 Uhr

Dortmund:
Wellinghofer Str. 103, Tel: 0231/41 13 50, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Hamburg:
Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel: 040/43 99 137, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Hannover:
Elisenstr. 20, Öffnungszeiten: Di und Do: 16.30 – 19.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Kiel:
„Thälmann - Buchladen", Reeperbahn 13, Tel: 0431/74 762, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Lübeck:
Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Mannheim:
Lortzingstr. 5, Öffnungszeiten: Di 16.00 – 18.30 Uhr, Do: 16.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr, Tel: 0621/37 67 44

München:
Buchladen „Roter Morgen", 8 München 3, Thalkirchner Str. 19, Tel: 089/77 51 79, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Stuttgart:
Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel: 0711/43 23 88, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.30 – 13.00 Uhr

Westberlin:
Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10, Tel: 030/462 60 18 , Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 10.00 – 14.00 Uhr

Veranstaltung „Hände weg vom ROTEN MORGEN!", Samstag, den 21. September um 19.30 Uhr, Gaststätte Hansa-Krug, Bochum-Werne, Werner Hellweg 489. Es spricht: Genosse Gernot Schubert, Verleger des ROTEN MORGEN, Zentralorgan der KPD/ML.